Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Zeile in Petitschrift 2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 580. Mittag-Ausgabe. Vierundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 11. December 1873.**

Deutschland.

Berlin, 10. Dec. Das Befinden Sr. Majestät des Kaisers und Königs ist in langsamer aber stetiger Besserung begriffen; indessen erfordert der Kräftezustand noch große Schonung. (Reichsanz.)

O. C. Landtags-Verhandlungen.

16. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 10. December).

11 Uhr. Am Ministertisch Camphausen und Falk. Die Tribünen sind überfüllt.

Von dem Abgeordneten Biesenbach ist eine Interpellation angekündigt, betreffend die Recherchen über die Abstimmungen der Lehrer bei den Wahlen in Düsseldorf.

Ohne Discussion und so gut wie einstimmig, (da im Moment der Abstimmung der Ministertisch noch unbesetzt ist), wird der vom Abg. Bernards eingebrachte Gesetz-Entwurf: „Die von Kalendern, Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigeblättern bisher entrichtete Stempelsteuer wird vom 1. Januar 1874 an nicht ferner erhoben" in dritter Berathung genehmigt.

Sodann kommt der Antrag des Abg. Schröder (Lippstadt) zur Berathung: Das Haus wolle beschließen: Die Staatsregierung aufzufordern, die preußischen Bevollmächtigten im Bundesrath des Deutschen Reichs zu instruiren, dahin zu wirken, daß den Mitgliedern des deutschen Reichstags Tagegelder und Reisekosten bewilligt werden.

Von dem Abg. Lasker ist dagegen folgende motivirte Tagesordnung beantragt worden: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen in Erwägung, daß die Entscheidung über die Gewährung von Tagegeldern und Reisekosten an die Mitglieder des Reichstages zur ordentlichen Gesetzgebung des Reiches gehört und es im Interesse des Reiches nicht liegt, durch Beschlüsse der preußischen Landesvertretung in den Gang der ordentlichen Reichsgesetzgebung einzugreifen, geht das Haus der Abgeordneten über den Antrag des Abg. Schröder zur Tagesordnung über.

Abg. Schröder: Die Sache selbst ist materiell erschöpft und denen bekannt, die den zweimaligen Berathungen darüber im Reichstage beigewohnt haben, wie Jedermann im Lande. Nur die Form weicht ab von der frühern. Sie sollen heute nur indirect über die Materie einen Beschluß fassen, um den Widerstand der preußischen Mitglieder des Bundesrathes zu brechen. Das ist aber speciell eine rein preußische Angelegenheit, so daß mir die motivirte Tagesordnung unbegreiflich ist. Derselbe Antrag ist auch bereits angenommen in der würtembergischen und bairischen Kammer und er wird es unzweifelhaft auch in der badischen. Also reichen Sie doch einmal Ihren süddeutschen Brüdern in Wirklichkeit die Hand! Die Gründe gegen die Diäten stehen bekanntlich auf schwachen Füßen. Man hat die Unabhängigkeit eines Vertreters des deutschen Reiches vorzugsweise darin finden wollen, daß nur reiche Leute gewählt würden. Dann sollte es eine Pflicht der Noblesse, eine Rücksicht auf den deutschen Reichstag sein, daß man dort umsonst arbeite, nach dem Spruche: Noblesse oblige. Man sprach sogar von Tagelöhnern in den Landesvertretungen. Der Hauptvorkämpfer für Diätenlosigkeit war damals Herr Wagener. Meine Herren! Herr Wagener und noblesse ablige! Der Abg. Lasker hat in seiner Rede bei Gelegenheit des allgemeinen Wahlrechts davon gesprochen, wir hätten durch unsere Umarmung die altconservative Partei erdrückt. Nun, den Specialmord des geistigen Führers der conservativen Partei wird wohl Herr Lasker auf sich nehmen müssen, den Abg. Wagener hat er todt gemacht. (Zustimmung.) Ich habe auch gar nichts dagegen, daß er es gethan hat. Wohin sind wir nun mit dieser „Noblesse oblige" praktisch gekommen? In dem Bericht der Untersuchungs-Commission über die Eisenbahn-Unternehmungen ist es von Interesse Namen aus allen möglichen deutschen Landesvertretungen zu begegnen und ich constatire, daß alle in diesem Bericht genannten Herren im Reichstage gegen die Diäten gestimmt haben, dieselben Männer, die im Vordergrunde des großen, den Culturkampf darstellenden Wandgemäldes stehen, das Herr Virchow jetzt wieder aufgefrischt hat.

Nun, meine Herren, die Sie den alten Cultus der katholischen Kirche bekämpfen, ich glaubte, Sie wären gegen jeden alten positiven Cultus; Sie haben aber einen noch viel älteren Cultus hier wieder eingeführt, das ist der Mammonscultus des goldenen Kalbes. (Sehr gut! im Centrum.) Aus diesem Actenstücke können Sie ersehen, daß sehr viele der Herren Volksvertreter sich ihre Diäten auf viele hundert Jahre bereits im Voraus abverdient haben mit ihrem noblesse oblige! Danach können Sie urtheilen, wieviel auf Ihr Votum gegen die Diäten zu geben war. (Sehr wahr!) Ein Hauptkämpfer gegen die Diäten seit 1867 war Fürst Bismarck; aber er ließ in allen seinen Aeußerungen dem Lande doch immer die Perspektive offen, die Diäten zu bewilligen, wenn sich offenbare Mißstände aus der Diätenlosigkeit ergeben sollten. Haben sich nun nicht schreiende Mißstände herausgestellt, Beschlußunfähigkeit, zahlreiche Sitzungen, wo mit Müh und Noth 1 oder 2 Stimmen über die beschlußfähige Zahl zusammengebracht wurden. Sodann äußerte Fürst Bismarck, das Wahlrecht müsse sich erst erprobt haben, ehe Diäten bewilligt werden könnten. Was soll denn das deutsche Volk noch leisten, damit man ihm endlich aus Gnaden wenigstens ein einziges Grundrecht bewilligt, damit man es endlich für würdig hält, eine kleine Freiheit im allerbescheidensten Maße zu genießen? Das deutsche Volk hat in den letzten 10 Jahren genug geleistet. Man spricht immer von seiner Pflicht, gegen den großen Staatsmann dankbar zu sein, und das läßt sich ja auch hören. Aber muß denn nicht auch er dankbar sein gegen die deutsche Nation, die ihn zu dem gemacht hat, was er heute ist? Ich denke dabei weniger an die finanziellen Zuwendungen, an die Dotationen, die ihm im reichsten Maße geworden sind. (Murren links.) Das spielt ja keine Rolle. Aber wenn derselbe Staatsmann mit denselben Vorzügen des Körpers und des Geistes, mit derselben Energie in Japan oder in der Türkei seine Rolle gespielt hätte, dann hätte die Geschichte sehr leicht mit dem Befehl zum Bauchaufschlitzen oder mit der seidenen Schnur enden können. (Oho! und große Unruhe links.)

Nur durch die Hingebung der Nation, besonders in dem letzten Kriege war es ihm möglich, seine Stellung in der Geschichte zu erlangen. Und was hat er in den letzten drei Jahren gethan, um seine Dankbarkeit gegen das deutsche Volk zu zeigen? Er hat jedesmal, wenn irgend ein Grundrecht des Volkes gefordert wurde, in den schroffsten Worten dieser seiner Dankbarkeit gegen die Nation Ausdruck gegeben. (Sehr wahr! im Centrum. Unruhe.) Diese Situation hat ihre grelle Beleuchtung und Signatur gefunden in einer Scene, die sich im letzten Reichstage abspielte. Als da dem Abg. Lasker das Wort „Volksrechte" nur so nebenbei entschlüpfte, da ist er, wie er sich selbst ganz richtig ausdrückte, vom Fürst Bismarck in der schroffsten Weise abgekanzelt worden. (Große Unruhe. Ruf links: Zur Sache!) Und ich constatire, der Abg. Lasker hat sich gehütet, das Wort „Volksrechte" seitdem jemals wieder zu gebrauchen. Wir haben allerdings eine ganze Reihe von Volksrechten, aber kein einziges ohne sogenanntes Correctiv, wodurch das Recht nicht selten geradezu illusorisch gemacht wird. Wir haben das allgemeine Wahlrecht mit Diätenlosigkeit, Preßfreiheit mit polizeilichen Beschlagnahmen, Cautionen und Stempelsteuer, eine Steuer auf die Geistes- und Culturbildung des deutschen Volkes, für welche ganz kürzlich erst bei der letzten Abstimmung der erste Vorkämpfer in dem jetzigen Culturkampfe, der Cultusminister Falk sich in seinem Votum so warm ausgesprochen hat. (Sehr gut! im Centrum.) Sie haben das Volksrecht: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich" mit Ausnahmegerichten der verschiedensten Art, jetzt auch noch mit dem kirchlichen Ausnahmegerichtshofe. Ja, Sie haben auch das wichtigste Grundrecht, das bis zuletzt unangetastet war, die Freiheit der Culten, versehen mit dem Correctiv der Kirchengesetze.

Für uns, die Minorität, die für dieses heilige Grundrecht kämpfen muß, war und ist dieses jetzt aufgehobene Grundrecht nichts Anderes, als was dies Edict von Nantes für die Hugenotten in Frankreich war, und Sie haben das Edict aufgehoben. Mit allen diesen Correctiven konnten wir in der That seit dem glorreichen Kriege auch nicht um einen Schritt vorwärts kommen, trotz aller langen Reden des Hrn. Lasker von dem Einheimsen der Früchte. (Unruhe. Ruf zur Sache!) Welche Früchte sind denn eingeheimst? (Unruhe.) Mit seinen wirthschaftlichen Gesetzen hat Hr. Lasker eingeheimst den Börsenkrach, den Gründerschwindel, die Eisenbahnconcessionen. (Unruhe und Unterbrechung links; stürmische Rufe: Zur Sache! — Der Präsident ersucht den Redner jetzt endlich auf seinen Antrag zurückzukommen.) Nehmen Sie meinen Antrag an! Lehnt auch dann wieder dem vereinigten Votum der Landtage und des Reichstages gegenüber der Fürst Bismarck und der Bundesrath den Antrag ab, so ist vor dem ganzen Lande und dem Reiche constatirt, wie es mit diesem Volksrechte steht, und jedenfalls haben wir dann hier unsere Schuldigkeit gethan. (Beifall im Centrum. Zischen links.)

Abg. Lasker: M. H.! Der Herr Vorredner ist nach seiner Versicherung höflich gegen das Haus und kurz über die Sache gewesen. Ich fürchte, daß er durch diese Kürze der materiellen Begründung seines Antrages vielen Eintrag gethan hat. Ich bin nämlich für meine Person ein solcher Freund der Diäten, daß ich einen darauf bezüglichen Antrag besser begründet hören möchte, als es heute geschehen ist; indeß ich werde heute nicht materiell auf die Sache eingehen; ich habe ja in jeder Session, in welcher dieselbe zur Sprache gekommen ist, für die Diäten gestimmt. Dagegen bin ich der Meinung, daß diese Frage zum Austrag kommen soll, an dem rechten Platze. Von vornherein erkläre ich, daß ich nicht etwa unsere Competenz bestreite, dieses Haus ist vielmehr berechtigt, sowie jeder Einzellandtag, im Wege der Petition an die Regierung oder im Wege der Resolution sich über das auszusprechen, was ihm in der Reichspolitik angemessen erscheint. Wir haben in diesem Falle nach der Respectabilität unserer Körperschaft ein erhebliches Gutachten abgegeben, und mehr als die Kraft eines Gutachtens wird von keiner Seite einem solchen Beschlusse beigelegt. Ich glaube, meine Herren, daß wir hier einen Unterschied machen müssen. Es giebt allerdings Fälle, in denen die einzelnen Landtage gut thun, mit ihren Voten einzutreten, nämlich dann, wenn es sich darum handelt, dem Reiche größere Rechte einzuräumen und dadurch den Wirkungskreis der einzelnen Länder, Regierungen und Vertretungskörper zu verringern. In solchen Fällen wird es den Regierungen nützlich und überdies auch für den Reichstag ermunternd sein, wenn Voten dieser Art, die gleichsam einen freiwilligen Verzicht der Einzelstaaten darstellen, von den Einzellandtagen ausgehen. Der Reichstag wird sich nicht gern den Vorwurf eines immerwährenden Zugreifens in die Rechte der einzelnen Staaten machen lassen, und namentlich wird es für ihn eine große Ermunterung sein, wenn die preußische Landesvertretung mit einem Votum für Vermehrung der Reichsmacht eintritt. Anders aber verhält es sich mit dem ordentlichen Gange der Gesetzgebung.

Welches Bedürfniß sollte vorliegen, daß wir uns über die Gewährung von Diäten aussprechen? Der Reichstag hat ja in vielen Sessionen beschlossen, daß die Verfassung abgeändert, daß Diäten den Reichstagsmitgliedern gewährt werden sollen. Also für den Reichstag brauchen Sie den Beschluß nach dem Antrage Schröder wirklich nicht. Wollen Sie ihn für den Kanzler des deutschen Reichs? Sind Sie wirklich der Meinung, daß der Kanzler, der dem Reiche gegenüber in letzter Instanz die Verantwortlichkeit trägt, seine den wiederholten Beschlüssen des Reichtstages gegenüber eingenommene ablehnende Haltung vor dem Votum eines Einzellandtages ändern wird? (Ruf: Nein!) Wenn es wirklich so weit kommen sollte, daß er nach den Beschlüssen der Einzellandtage seine Politik gestalten müßte, dann wäre das deutsche Reich am Ende, dann hätten wir die partikulare Zerrissenheit, deren Gefahr wir heute in Süddeutschland und Norddeutschland haben so klar zu Tage treten sehen. (Unruhe im Centrum). Ich verlange von Ihnen (zum Centrum) keinen Beifall, aber auch nicht, daß Sie Unterbrechungen an Stellen eintreten lassen, von denen ich ohnehin weiß, wie Sie darüber denken; Sie brauchen sich mir gegenüber nicht klarer auszudrücken (Heiterkeit). Wir haben jene Gefahr erlebt, als es sich um die Competenzerweiterung auf das gesammte bürgerliche Recht handelte; da haben sogar einzelne Regierungen Beschlüsse der Einzellandtage provocirt, und zwar zu particularen Zwecken. Jeder Particularist wird sich befriedigt fühlen, wenn in den Einzellandtagen sofort Verhandlungen über Angelegenheiten des deutschen Reichs geführt werden. Dies wäre eine Verwirrung ohne Gleichen. Wer eine Competenz auszuüben hat, ist nicht verpflichtet, diese zu jeder Zeit geltend zu machen. Haben Sie Sorge darüber, daß der Reichstag von seinem bisherigen Votum zurücktreten werde? Gehen Sie auf die formale Verantwortlichkeit ein, indem Sie der Regierung den Wunsch aussprechen, sie möge die Veränderung der Verfassung der Einzelstaaten bewirken, so belasten Sie die Verantwortlichkeit der preußischen Regierung dennoch nicht mit diesem Beschluß. Wir selbst haben das Wahlgesetz genehmigt, welches ohne Diäten zu Stande gekommen ist, und damit ist die Verantwortlichkeit der Regierung gedeckt.

Aber, m. H., was geschieht, wenn dieser formalen Verantwortlichkeit gegenüber nächstens etwa Graf zur Lippe im Herrenhause einen Antrag, daß Diäten nicht zu gewähren seien, einbringt und ein Beschluß hierfür herbeigeführt würde, oder sich die Kammern der Einzelstaaten in dieser Weise pro et contro theilen? Der mindest schlimmste Erfolg derartiger Verhandlungen wäre eine Schwächung und Schmälerung des Ansehens des deutschen Reichs und der dort berufenen Gesetzgebungsorgane. Ich mache Politik nicht gern nach der Gelegenheit, heute habe ich eine günstige Mehrheit in diesem Hause für eine Sache, deren Durchsetzen mir persönlich außerordentlich erwünscht wäre, aber ich denke an den Tag, der später kommt, und wenn später mir ein Antrag eingebracht wird, der meine Bestrebungen am Reiche durchkreuzt und ich fürchten muß, daß eine Majorität entweder hier oder an einem andern Landtage sich dagegen ausspricht, daß mir erwidert wird: Wir thun dasselbe, da es uns paßt, was ihr gethan habt zu einer Zeit, als es euch gepaßt hat. Meine Herren, ich habe meinen Antrag absichtlich so gestaltet, daß darin die Frage über Diäten gar nicht zur Entscheidung kommt. Ich vertraue in dieser Hinsicht, daß der Reichstag nach wie vor seine Pflicht thun und nach seinem gewissenhaften Ermessen entscheiden wird.

Ich habe ferner den Antrag so eingerichtet, daß ich lediglich die Unzweckmäßigkeit beschränkt habe auf die Beschlüsse der preußischen Landesvertretung, denn ich glaube, es geziemt nicht dem preußischen Abgeordnetenhause, in einem förmlichen Beschluß eine tadelnde Censur über andere Landesvertretungen auszusprechen. Der Sache nach aber lege ich Zeugniß dafür ab, daß selbst die eifrigsten Freunde der Diäten dem Reiche im Ganzen keinen Dienst leisten, vielleicht aber einen Erfolg erreichen, von dem sie glauben, daß er die ihnen erwünschte Angelegenheit um einen Schritt weiterfördert, dem Ganzen thun Sie den Schaden, indem Sie der Anarchie der Verhandlungen und Beschlüsse an den Einzellandtagen über ordentliche Gegenstände der Reichsgesetzgebung Thür und Thor öffnen, und da dieser Schade gegen die gesammte Politik, gegen das Leben des Reiches viel größer ist, als die Förderung irgend einer einzelnen Frage mir nützlich erscheinen kann, bitte ich Sie dringend, nicht über die Sache selbst sich auszusprechen, sondern durch Beitritt zu meinem Antrage zu erklären, daß Sie wünschen, die Angelegenheit über die Diäten möge da erledigt werden, wo sie den Verfassungsrechten nach endgiltig erledigt werden kann und wo sie nach den bisherigen Vorgängen, nach den bisherigen wiederholten Beschlüssen des Reichstags sehr gut aufgehoben ist. (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich habe diese Procedur erwartet, sie ist in der That die einzige, hinter welcher man sich vor den Diäten wegmachen kann. Ich glaube aber, daß diese spanische Wand zu durchsichtig ist. Wenn der Abgeordnete Lasker erwartete, daß demnächst anders gerichtete Anträge gestellt werden könnten. so freut es mich, daß der Abgeordnete anfängt zu ahnen, daß die Conservativen wirklich nicht so todt sind, wie er sie gehalten hat. Aber wenn sie auch wirklich wiederkehren sollten, was ich zuversichtlich erwarte, so werden sie schwerlich im Stande sein, etwas anderes zu beantragen, als was hier beantragt ist, Denn die Forderung der Diäten für den Reichstag wird Niemand auf die Dauer zurückweisen können. Dieser Antrag soll nun in die Reichsgesetzgebung eingreifen; als es sich darum handelte, den Antrag auf Erweiterung der Reichscompetenz über das ganze bürgerliche Recht durchzubringen, galt diese Rücksicht nicht. (Hört! Hört! im Centrum.) Da wurde hier eine Resolution beantragt und angenommen, da wurde das Ansehen der wichtigsten deutschen Landesvertretung in die Wagschale geworfen. Ja, Buer, dat is ganz wat anners! sagt man in Westphalen. (Heiterkeit.) Heute kommt ein Antrag von mindestens ebenso großer Bedeutung, da gilt nun der Ausspruch des Abgeordnetenhauses gar nichts. In Stuttgart haben die politischen Freunde des Vorredners denselben Antrag gestellt. In Baiern haben sie ebenfalls diesen Antrag eingebracht und angenommen; die Partei aber, welche mir näher steht, hat aus anscheinend ähnlichen Gründen, wie der Abgeordnete Lasker, diesen Antrag bekämpft; es freut mich, daß der Abgeordnete Lasker mit den baierischen Patrioten so einmüthig zusammengeht. (Heiterkeit.) Wir wollen mit dem Antrage nichts weiter sagen, als in Preußen hält man Diäten für den Reichstag für nothwendig, weil sonst ganz erhebliche Bruchtheile der Bevölkerung vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen blieben. Daß wir das heute aussprechen, dazu veranlassen uns die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Wir wollen die Autorität des Reichstags bei den Regierungen nur verstärken. Denn unsere Regierung hat über diese Anträge abzustimmen und die Bevollmächtigten zum Bundesrathe, den Reichskanzler inclusive zu instruiren, und wir haben das Recht, dieser Instruction, so weit es uns gesetzlich mit zufällt, zu üben. Das schwächt keine Autorität. Die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers geht nicht so weit, wie der Abgeordnete Lasker meint; er hat nur das Beschlossene zu signiren und die Ausführung zu beobachten, übrigens aber fällt die Verantwortlichkeit den Einzelregierungen zur Last und unsere Minister und der Reichskanzler als Bundesrathsbevollmächtigter, sind uns hier verantwortlich für das, was sie thun. Diese Verantwortlichkeit hat auch der Minister-Präsident zu wiederholten Malen anerkannt. Ich weiß nicht, wie man uns einen Vorwurf darüber machen kann, wenn wir die Verantwortung fordern? Wenn der Vorredner ein so eifriger Freund der Diäten ist, warum greift er dann nicht auch zu diesem Mittel, um zum Ziele zu gelangen? Wenn er gesagt hat, durch seine motivirte Tagesordnung werde kein Urtheil gegen die Diäten ausgesprochen, so ist das verlorene Liebesmüh; denn der Tadel bleibt begründet und die heutige Rede des Abg. Lasker ist eine scharfe Censur gegen seine politischen Freunde im Süden. (Sehr wahr! im Centrum.) Ich freue mich, daß die Herren sich emancipirt haben, und gebe Gott, daß sie es im Reichstage auch thun.

Abge. Virchow: Es ist sehr schwer, objectiv zu discutiren. In dem Augenblicke, wo ich aufstehe, wird mir zugerufen: Jetzt kommt der Syllabus. (Heiterkeit.) M. H., es kommt ganz etwas Anderes. Ich halte hier in der Hand einen Antrag der Abg. Lasker und Miquel vom 15. October 1869, die königliche Staatsregierung aufzufordern, ihren ganzen Einfluß aufzuwenden, daß die Competenz des norddeutschen Bundes auf das ganze bürgerliche Recht ausgedehnt werde. Die Motive dieses Antrages stimmen mit denen des heutigen ziemlich überein und ich kann mich daher nur kurz fassen. Wenn die Herren fürchten, daß ich den Syllabus wieder vorbringe, so will ich Ihnen bekennen, ich habe Skrupel gehabt, mich noch einmal auf diesen Standpunkt zu stellen. Als ich neulich einiges aus dem Syllabus anführte, fand ich zu Hause auf meinem Tische eine Karte mit dem zutreffenden Motto: timeo Danaos et dona ferentes. (Heiterkeit.) Sie werden nicht verkennen können, daß es etwas auffällig sein muß, wenn Sie für die Diäten eintreten, und Ihre Freunde in München gegen dieselbe stimmen. Wenn die Herren aus dem Centrum uns den Eindruck machen wollen, daß sie aus sachlichen Gründen und nicht blos aus taktischen diese Angelegenheit betreiben, so möchte ich Sie bitten, daß sie durch ganz Deutschland homogen operiren. (Bewegung.) Was ist das für eine Taktik, wenn Sie an dem einen Punkt so, an dem andern so handeln. (Stimme im Centrum: die Fortschrittspartei macht es eben so!) Nein, wir machen es nicht so. Die Fortschrittspartei agirt vollkommen im Einklang mit sich selbst. Wir sehen nicht auf die Person, sondern nur auf die Sache; deshalb befinden wir uns bald an der Seite der Nationalliberalen, bald an Ihrer Seite, obwohl unsere Sympathien entschieden auf der liberalen Seite sind.

Wir finden, das diesmal daß größere sachliche Interesse bei Ihnen ist, und werden deshalb mit Ihnen stimmen. Dieses sachliche Interesse ist dadurch herbeigeführt, daß der Reichstag selbst fruchtlos den Kampf geführt hat. Wenn wir auf seine Seite treten, so handeln wir vollständig loyal. Ich würde es für bedenklich und nutzlos halten, wenn jeder einzelne Landtag über Reichsangelegenheiten discutiren wollte. Ich muß aber sagen, bei großen Fragen, wie die vorliegende, greift die Bewegung, wenn der Widerstand dauernder wird, in immer größere Kreise des Volks hinein. Wenn es sich zeigt, daß der Reichstag mit dem verantwortlichen Reichskanzler nicht fertig wird, dann finde ich es natürlich, daß der preußische Landtag den Reichskanzler als Ministerpräsident daran mahnt, daß er dem Lande verantwortlich ist. Da diese Verantwortlichkeit niemals bezweifelt worden ist, so halte ich es für kein falsches Unternehmen, in diesem Augenblick für die Sache einzutreten. Der Bundesrath, der aus den Delegirten der einzelnen Ministerien besteht, muß unter dem Einfluß der mittleren Stimmung des Volkes stehen und der Ausdruck dieser Stimmung sein. Wir werden für den Antrag stimmen. Ich kann nach unseren Antecedentien die Versicherung abgeben, daß wir nicht wesentlich dazu beitragen werden, die Reichsgesetzgebung durch Anträge zu verwirren und ihre Richtung zu stören. Ich glaube nicht, daß es im Interesse liegt, Competenz oder Nichtcompetenz zu prüfen; wenn der Einzellandtag in der That der Ausdruck der allgemeinen Meinung des Volkes ist, dann sollte ich meinen, man müßte einem solchen Beginnen von allen Seiten günstig sein.

Abg. Schröder: Der Abg. Lasker scheint bei seinen Einwendungen vergessen zu haben, welche Bedeutung der Reichskanzler selbst dem Bundesrathe beigelegt hat, in dem er ihn als die Quintessenz aller intelligenten Factoren des deutschen Volkes, namentlich der Lanbesvertretungen darstellte. Wir haben die Verpflichtung ihn nicht darüber in Zweifel zu lassen, was der preußische Landtag über die Diätenfrage denkt. Wenn wir es nicht aussprechen, kann der Reichskanzler sagen: es liegen mir zwar Voten der süddeutschen Vertretungen vor, aber der preußische Landtag hat die Sache dilatorisch behandelt; ich werde sie eben so behandeln. Die Tagesordnung ist also eine Coulisse, hinter welcher nicht der Abg. Lasker sich verstecken wollte, sondern eine Coulisse, die man dem Reichskanzler noch lassen wollte, dessen Abneigung gegen die Diäten man kennt. Wir dürfen keinen Vorwand bestehen lassen, die Sache noch einmal zu vertagen. Wenn von der Anarchie gesprochen wird, die dadurch entstehen sollte, so begreife ich das nicht; wir verhandeln doch hier ziemlich ruhig und sachlich. Ich finde diesen Ausdruck nicht sehr höflich. Dann warf uns der Abgeordnete Lasker Opportunitätspolitik vor. Ich meine, wenn der Abgeordnete Lasker das Tischtuch zwischen uns zerschnitten hat, so liegt die Unmöglichkeit der Wiedervereinigung darin, daß die früher entschieden gefärbte Politik des Abgeordneten Lasker durch zu viel Einmischung von Opportunitätsrücksichten die Farbe verloren hat. Die Berliner Wähler haben das bestätigt. (Heiterkeit.) Der Recurs gegen dieses Urtheil, welches gesprochen ist in Sachen Parisius contra Falk, ist auch schlecht ausgefallen. Die Opportunitätspolitik gebe ich dem Abgeordneten Lasker zurück, das ist der Hauptvorwurf, den ich gegen ihn habe. Dem Abg. Virchow will ich nur den alten Satz ins Gedächtniß zurückrufen: Quisque praesumitur bonus. Mit der Frage, ob wir wirklich sachlich oder nur taktisch handeln, hat er nur eine Phrase wiederholt. Es ist uns wahrhaftig Ernst um die Sache. (Heiterkeit.) Wenn wir nur bei einem Grundrecht jetzt anfangen, so haben wir gelernt, daß ein einzelnes Grundrecht leichter entwurzelt wird, als ein ganzer Wald. (Beifall im Centrum.)

In namentlicher Abstimmung wird darauf die von dem Abg. Lasker eingebrachte motivirte Tagesordnung mit 219 gegen 169 Stimmen (gegen Fortschrittspartei und Centrum) angenommen, womit der Antrag Schröder beseitigt ist.

Das Haus hat sich demnächst mit der von dem Abgeordneten Reichensperger eingebrachten Resolution zu beschäftigen: „Das Haus wolle beschließen: an die Staatsregierung die Erklärung gelangen zu lassen, daß der seit dem Jahre 1871 zerstörte kirchliche Friede des Landes nach den ernsten Erfahrungen der Gegenwart nicht durch Verfolgung der Bahnen, welche mit den neuesten, das Kirchenwesen betreffenden Gesetzgebungs- und Verwaltungsakten betreten worden sind, sondern nur durch die Rückkehr zu den in langjähriger Vergangenheit bewährten Grundsätzen zu erreichen ist."

Abg. Reichensperger: Meine Herren. Ich hoffe, daß wenigstens darin allgemeine Uebereinstimmung unter uns bestehen wird, daß es sich hier nicht um eine sogenannte Sakristeifrage handelt, sondern um eine Staatsfrage im eminentesten Sinne des Wortes. Die Geschichte Deutschlands lehrt es, daß alle die Schmach und Erniedrigung, die Jahrhunderte lang auf unserem Vaterlande lag, in dem bis zum offenen Kampfe gesteigerten confessionellen Gegensatze ihren Grund hatte. Der Staat Preußen war der erste, der diese große Lehre der deutschen Geschichte richtig erkannte und benutzte, der nach kurzen Irrungen auf diesem Gebiete zuerst die Freiheit und Selbstständigkeit der Kirche in Ordnung ihrer Angelegenheiten festgestellt und damit den kirchlichen Frieden sicher gestellt hat, der denn auch die unerhörtesten Erfolge hatte und die Wiederherstellung des deutschen Reiches bewirkte. In dem „Preußischen Staatsanzeiger" von 1866 heißt es, „eines der glänzendsten Zeugnisse dafür, daß Preußen seiner kulturhistorischen Mission im Herzen Europas mit Erfolg nachgekommen sei, bestehe darin, daß die Freiheit auch auf das Gebiet der Kirche ausgedehnt worden sei. Die Bekenner der verschiedenen Confessionen lebten in seltener Eintracht, in Vaterlandsliebe mit einander wetteifernd. Und dieser kirchliche Friede habe Erfolge erzielt, wie

sie kaum gehofft werden konnten." Und wie sieht es jetzt aus? Die katholische Bevölkerung hat 1870 und 71 die größten Opfer gebracht, die Rheinprovinz ging mit dem besten Beispiel voran, im Rheinlande brachte man 14 Sgr. per Kopf für Liebeswerke auf, gegen 2 Sgr. in der Provinz Preußen und gegen 1 Sgr. in der Mark Brandenburg; neben den Johannitern wetteiferten die Malteser in Werken der Liebe. Und die Ernte dieser Aussaat ist der gegen uns geschleuderte Vorwurf der Staats- und Reichsfeindlichkeit.

Die Thronrede, mit der der Landtag eröffnet wurde, sagt, die Bedeutung der Maigesetze sei die, das Rechtsverhältniß von Staat und Kirche klarer und fester als zuvor zu regeln; der Widerstand der Bischöfe sei ein ganz ungerechter, weil durch diese Gesetze das religiöse Leben der Confessionen nicht gefährdet werde. Meine Herren! Die Klarheit der Gesetze wird illustrirt durch die verschiedenen Erlasse der Behörden; die bessere Regelung des bisherigen Rechts charakterisirt sich dadurch, daß sie ermöglicht werden mußte durch Abänderung des Staatsgrundgesetzes. Ich zweifle nicht an der subjectiven Wahrheit des Ausdrucks der Ueberzeugung, der in der Thronrede niedergelegt ist, ja ich begrüße die Motivirung derselben mit Freude; denn sie setzt die Unrichtigkeit der beabsichtigten Gefährdung der Religion voraus; allein das Bedenkliche des Standpunktes der Regierung liegt darin, daß sie sich zum alleinigen Richter erklärt über das, was die Religion gefährde und was nicht, im Gegensatze zu dem, was die Bischöfe und Glieder der Kirche und ein großer Theil evangelischer Christen urtheilen. Ich bin überzeugt, daß die Regierung bei Einbringung der Gesetze nicht geglaubt hat, einen derartigen Widerstand zu finden. Dieser Irrthum aber hat unsere schwere Lage geschaffen, und zwar in einem Augenblicke geschaffen, wo man einer imaginären Gefahr begegnen wollte. Sollten Sie, m. H., etwa meinen, die eben von mir angedeutete Gefährdung sei nicht groß oder klar genug, um zur Umkehr zu mahnen, dann will ich erinnern an das, was die Urheber des jetzigen Zustandes als Ursache des inneren Krieges angegeben haben. Es war damals, als der Ministerpräsident von Versailles zurückkehrte in dem Augenblick, wo die feindlichen Heere niedergeworfen waren und das deutsche Kaiserreich erstand. Da erklärte er, er habe bei der Rückkehr aus Frankreich eine Mobilmachung und Kriegserklärung seitens der clericalen Partei vorgefunden (Sehr wahr! links) und er fügte hinzu, daß diese Mobilmachung ihn zwinge, einen Krieg im Innern zu führen.

Der Ministerpräsident hat diese Mobilmachung gefunden in der Wahlagitation von 1870 und in der Bildung der Centrumspartei. Ich sollte meinen, daß man uns eine solche Donquixoterie nicht zutrauen könnte, eine Kriegserklärung in diesem Augenblicke zu machen. Wir baben damals geantwortet, daß diese Wahlagitation genau dieselbe, wie die von 1869 für den Landtag sei, wo wir ja lediglich den Standpunkt der Regierung vertraten, gegen welchen der bekannte Klostersturm gegen uus inscenirt worden ist. Die Tendenzen des Klostersturmberichtes standen in direktem Widerspruch zur Landesverfassung, und es wurde dies von allen 3 Regierungscommissaren bestätigt. Notorisch hat diese Thatsache die Befriedigung aller deutschen Katholiken hervorgerufen und es wesentlich ermöglicht, die Streitkräfte Deutschlands zu einigen und den glorreichen Sieg herbeizuführen. (Gelächter links.) Ja, meine Herren, dadurch ist der Majoritätsbeschluß des bairischen Landtages und die Mobilmachung der bairischen Armee möglich geworden. (Widerspruch links.) Die Mehrheit des bairischen Landtages hatte darüber zu bestimmen und auf meiner Freunde und meine Bemühungen ist dieser wichtige Beschluß herbeigeführt worden. (Gelächter links.) Ich habe einen Zeugen, fragen Sie den Herrn Lasker (Lasker: sehr wahr!) Wie kommt aber überhaupt die Regierung dazu in einer Wahlagitation eine Kriegserklärung zu erblicken? Da hat man von uns gesagt, es könne einem deutschen und preußischen Katholiken nicht Ernst mit der Vaterlandsliebe sein, nachdem das deutsche Reich unter einem protestantischen Kaiser wieder aufgerichtet worden sei. Das sagt man, obschon wir konstatirt haben, daß unter dem Scepter des protestantischen Königs von Preußen unsere kirchlichen Verhältnisse besser geordnet seien, als in allen übrigen Staaten Europa's. Ich erinnere ferner daran, daß ich der Erste war, der in der Reichstagssitzung vom 24. November die Errichtnng des deutschen Reiches als Schlußstein bezeichnete. Das der Ausdruck meines ultramontanen Hasses gegen einen protestantischen Kaiser! (Hört! im Centrum.) Man hat unsern Standpunkt gefälscht, und der bitterste Reichsfeind mit dem Verstande eines Macchiavelli und der Feder eines Rousseau könnte dem Reiche keinen schwereren Schaden zufügen als durch den Vorwurf der nothwendigen Reichsfeindlichkeit der Katholiken.

Wer anders war 1848 die treueste Stütze der Ordnung als wir?! Stets waren wir mäßig und versöhnend bei allem Wechsel der Parteien, stets mit dem Grundsatz, das Staatsgrundgesetz aufrecht zu erhalten. Und nun erhoben Herr Lasker und seine Freunde eine derartige Anklage gegen uns, indem sie die ganze Vergangenheit unbeachtet lassen. Man erinnere sich an unser constitutionelles Verhalten während der Reactionsperiode, und man wird sehen, daß wir keineswegs nur einseitig kirchliche Interessen vertraten. Wenn uns nun Herr Virchow zn dutzendsten Mal einreden will, wir können keine Freunde der Freiheit sein, weil dies im Widerspruch mit unseren Pflichten gegen den Syllabus stände, so ist ja ein unerhörter Standpunkt, wenn unsere Gegner in unsere Gewissen hineinreden wollen.

Seien Sie doch froh, wenn wir Rebellen gegen Rom waren. Das Ministerium kennt ja die Wege der Denunciation nach Rom. (Unruhe links.) That man es nicht? Allein soviel seien Sie versichert, daß unsere politische Stellung völlig unabhängig von der Billigung oder Mißbilligung des Papstes ist. Was endlich das Zusammengehen mit den Socialisten betrifft, so erinnere ich Sie nur an das Wort, das in einem Hauptorgan derselben zu lesen war, daß nämlich die Menschheit unter einer dreifach fluchwürdigen Trinität leide — der positiven Religion, des persönlichen Eigenthums und der unlösbaren Ehe. Aber auf Thatsachen kommt es Ihnen ja nicht an. Genug, wenn Sie aus Ihren Anklagen politisches Capital schlagen können. — Redner zählt zum Beweise der Verfolgung der Kirche die neuesten Gesetze und Erlasse auf, deren Krone in der Verfassungsänderung war. Die Maigesetze waren verfassungswidrig. (Oho! links.) Denn sie stoßen das in der Verfassung aufgestellte Princip der Freiheit und Selbstständigkeit um. Damit, daß Sie dem Oberpräsidenten das Widerspruchsrecht gegen die Anstellung eines Geistlichen geben, gefährden Sie die ganze Existenz der Kirche. (Widerspruch.) Eine Kirche hat überhaupt kein Recht zur Existenz, wenn man sagt, du darfst nicht mehr ohne obrigkeitliche Erlaubniß das Evangelium lehren. Das steht in dem Gesetz. (Nein!) Meine Herren, wollen Sie Ihrer Entrüstung Luft machen, nehmen Sie doch den Antrag Mallinckrodt an! (Heiterkeit.) Der Heiland hat auch das Evangelium gepredigt ohne Erlaubniß des Sanheddrin, des Herodes und Pilatus. Der Herr Minister will eine nationale Erziehung des Clerus; er vergißt nur dabei, daß die deutsche Nation der katholischen Kirche ihre Existenz verdankt (Widerspruch) und sicher hat Bonifazius ebensoviel für die Gründung Deutschlands gethan, wie Carl der Große. Die nationale Erziehung schafft nur einen Nationalclerus und schließlich eine Nationalkirche. (Widerspruch.)

Wozu führt die Durchführung der Gesetze. Schon jetzt sind zahlreiche Pfarrer verwaist und am 15. Mai 1874 werden allein in der Rheinprovinz 1200 Succursalpfarren unbesetzt sein; das heißt das staatliche Interdict über das Land verhängen und besonders die Rheinprovinz schädigen. Aber das wird die Klippe für Ihre Blindheit, die schließlich zum Abgrund führt. Das katholische Volk steht den Bischöfen zur Seite und hat seine Billigung in den Wahlen bewiesen. Sollte man in dem Staat nur ein Institut zur Befriedigung der Majoritätsleidenschaft sehen, so wäre dies sehr zu bedauern. Kein Staat ist in der Unterdrückung der Kirche so weit gegangen, selbst die Schweiz nicht, die sich nicht zur Nachahmung unserer Maigesetze entschließen konnte. — In der Bulle de salute animarum, die Gesetzeskraft bei uns hat, sind 8 Bisthümer genau abgegrenzt. Wie kommt es nun, daß plötzlich im Gegensatz hierzu ein neunter katholischer Bischof bestätigt ist. Entweder ist damit die Loslösung von der katholischen Kirche ausgesprochen, oder der Herr Minister kann sich nur durch das Wortspiel helfen, daß jene 8 Bischöfe römisch-katholisch, der 9. nur katholisch sei. Man spricht von dem unberechtigten Widerstande der Bischöfe. Wer da glaubt, daß ein katholischer Bischof sich diesen Gesetzen fügen könne, kennt eben nicht das Wesen der katholischen Kirche. Eine ebenso freie Sprache wie heute führte einst ein Bischof gegen einen mächtigen römischen Imperator, und als dieser darüber verwundert äußerte, so frei habe noch Niemand zu ihm gesprochen, erwiderte der Bischof: Nondum in episcopum incidisti. (Große Heiterkeit.) Du bist noch auf keinen Bischof gestoßen. Er ist eben ein Hirt der sein Leben für die Schafe läßt, kein Miethling, der flieht, wenn der Wolf kommt. (Beifall im Centrum.) Auch Luther hat diesen Standpunkt eingenommen, denn es giebt einen erlaubten ja gebotenen Widerstand gegen das Gesetz. Es ist dies der passive Widerstand, von dem Stahl. . . (Aha! links.) . . . Ist der Ihnen noch nicht conservativ genug? (Heiterkeit) . . . von dem Stahl sagt, es bestehe nicht in einer Verhinderung der obrigkeitlichen Handlung sondern nur in der Verweigerung der eigenen, und es sei da geboten, wo die Moral und Religion mit dem Gesetz in Conflict geräth.

Sie thäten gut, sich zu erinnern, daß der Schlußstein des Ganzen ein einziger sterblicher Mensch ist. Verbergen Sie es sich nicht, daß die gütige Natur es so gefügt hat, daß sie kaum alle Jahrhunderte einen himmelstürmenden Titanen erzeugt. Ein solcher kann sagen: après moi le déluge: aber die menschliche Gesellschaft nimmt es nicht an, die Gesellschaft kann und will fortexistiren. Wenn nicht mehr das Licht des Glaubens leuchtet, dann bleibt allerdings nur die Fackel des Petroleums übrig. (Gelächter links. Sehr wahr! im Centrum.) Zu spät wird man es einsehen. Ich bin überzeugt, daß die Noth der Gegenwart ganz andere Früchte tragen wird, als Sie erwarten. Hinter der Pflugschaar jeder Religion ist die christliche Kirche geschritten und hat neuen Samen in die Furchen gestreut und eine neue Ernte ist aufgegangen. Die gedrückte Kirche hat doppelte Kraft und wird auch heute noch im Stande sein. aus dem Saulus einen Paulus zu machen. Der Stein, den die Bauleute verworfen, ist in Zukunft der Eckstein der ganzen menschlichen Gesellschaft geworden, wer auf ihn fällt, zerschmettert sich. Ich hoffe zu Gott, daß der Staat Preußen diese Erfahrung nie an sich machen werde. (Beifall und Zischen.)

Cultusminister Dr. Falk: Der Vorredner giebt als Motiv in seinem Antrage selbst die ernsten Erfahrungen der Gegenwart an und er hat nach seiner Weise Recht. Es kommt aber darauf an, dafür den richtigen Gesichtspunkt zu finden. Je nachdem dieser verschieden ist, wird auch der Ernst verschieden beurtheilt werden müssen; von meinem Standpunkte, von dem der Staatsregierung aus finde ich zunächst, daß die Bischöfe Preußens sich unter einander verbündet haben, das Gesetz des Staates, dem sie angehören, das Gesetz des Landes, welches den Meisten unter ihnen das Vaterland ist, geringer zu achten als den Wink eiues Mannes außerhalb des Vaterlandes (Lebhafter Beifall links, Zischen im Centrum). Ja, meine Herren, Sie zischen und Sie lachen. Haben Sie denn das Dogma der Infallibilität und die Haltnng der Bischofe während und nach seiner Verkündigung aus dem Gedächtnisse verloren? Sollten Sie nicht vielleicht, eben so gut, wie ich das weiß, es wissen, daß bei der letzten Fuldaer Zusammenkunft der Bischöfe über eine überaus wichtige weittragende Frage, weder eine Einigung noch auch eine Unterwerfung der Minorität unter die Majorität zu Stande kam und daß sie dieses Ereigniß nach Rom berichteten, damit dort darüber entschieden werde, ausdrücklich hervorhebend, daß ein großer Theil der Bischöfe für eine mildere Beantwortung der Frage sei. Sie werden fragen: was war dies für eine Angelegenheit? Nun, es war die Frage, ob nach Aenderung der preußischen Verfassungs-Urkunde ein Katholik dieselbe noch beschwören könne (Hört! links) und nun fassen Sie alle diese Thatsachen zusammen und bezweifeln Sie im Ernste noch, daß eine Abhängigkeit der Bischöfe von Rom stattfinde? Ich glaube, Sie werden dies nicht können.

M. H., diese Bischöfe haben das Wort, das sie damals bei Schaffung dieser Gesetze aussprachen: die Staatsgesetze zu mißachten, wie ich anerkennen muß, redlich gehalten. Sie haben es nicht mit den schärfsten Worten wiederholt, sondern durch Thatsachen bestätigt und das gethan einer Regierung gegenüber, die ihnen auf das loyalste entgegenkam. (Oho! lebhafter Widerspruch im Centrum.) Ja, m. H., dem ist so. Denn ich habe nicht fußend auf die Fuldaer Erklärung, immer noch einen Schatten der Hoffnung gehabt, die Einsicht, die Vaterlangsliebe, das Mitleid mit den Diöcesanen würde doch noch in den Bischöfen so mächtig sein, um ein freundliches Verhalten über die Ausführung der Mai-Gesetze herbeizuführen. Von diesem Standpuncte aus ging mein erstes Schreiben an die Bischöfe und es ist beantwortet worden in dem Sinne, den ich vorhin charakterisirt habe. Die Bischöfe sind nicht stehen geblieben bei dem passiven Widerstand, sondern ich meine, sie haben bereits wirklichen activen Widerstand geleistet. Es ist ein activer Widerstand mit Mißachtung des Gesetzes, die Pfarrer hinauszuschicken in ihre Diöcese, oder die Pfarrer aufzufordern, den gesetzlichen Bestimmungen nicht Folge zu leisten. Schritt vor Schritt und gradatim ist die Staatsregierung zu ernsteren Maßregeln vorgegangen. Die Bischöfe haben es sich nicht nahe gehen lassen, daß die untergebene Geistlichkeit in Mitleidenschaft gezogen wurde, daß die bürgerlichen Verhältnisse ihrer Diöcesanen in Verwirrung geriethen und da das nicht blos ein vermögensrechtlicher, sondern ein schwerer sittlicher Nachtheil ist,so ist man genöthigt gewesen, zu dem Ernstesten zu schreiten, was möglich war, zu der Aufforderung an einen der Bischöfe, sein Amt niederzulegen und ihn demnächst vor den Gerichtshof zu stellen, der mit Hilfe der Landesvertretung ins Leben gerufen wurde.

Wir sehen dann einen Clerus, abhängig in jeder Beziehung von den Bischöfen, ihrem Winke folgend, trotz der Nachtheile, einen Clerus, der den activen Widerstand bei der urtheilslosen Masse mit geschicktem Eifer in die weitesten Kreise hinausleitet; und wir haben weiter die ernste Erfahrung machen müssen, daß ein sehr großer Theil der katholischen Bevölkerung, aber immer nur ein Theil, in Mißverstand es über sich nimmt, alle derartigen Nachtheile, wie ich sie andeute, auf sich zu nehmen. Es ist uns vorgehalten worden, die christliche Pflicht und das Gewissen der katholischeu Bischöfe, das ihnen verbietet, den Gesetzen Folge zu leisten. Es ist gewiß eine heilige Sache um die christliche Pflicht und ein zartes Ding um das Gewissen. Aber wenn man als Einzelner nicht als Einzelner sich fühlt, sondern an der Spitze des Staates als Staatsregierung berufen ist, über die Ausführung der Staatsgesetze zu wachen, da scheint es mir selbstverständlich vor Allem zu fragen, ob die Behauptung, das Gewissen werde bedrückt, wirklich gerechtfertigt ist. Da habe ich mir nun die Thatsache zu vergegenwärtigen, daß im Süden Deutschlands, in Elsaß-Lothringen, einem Bischof genau dieselben Gesetzesbestimmungen nicht gegen das Gewissen sind, gegen welche das Gewissen der preußischen Bischöfe sich sträubt (Sehr wahr! links), daß er in Oldenburg nach seinem Gewissen thun darf, was er in Preußen nicht thun darf vor (hört! links). Solche Betrachtungen darf man doch wohl anstellen, sie drängen sich ja genug schon von selbst auf. Kann man es recht mit einem bischöflichen Gewissen vereinigen, wenn der von mir genannte Erzbischof auf die maßvolle durch das Gesetz dem Präsidenten zur Pflicht gemachte Aufforderung, das Amt niederzulegen, in höhnender Selbstüberhebung sich selbst glorificirt.

Man macht die wunderbarsten Erfahrungen über diese Zeit: ein Bischof, dem die größten gesetzlichen Androhungen bevorstehen, schließt schnell mit seinem Bruder einen Vertrag, in welchem er ihm sein gesammtes Mobiliar mit Ausnahme der zum persönlichen Gebrauch nöthigen Gegenstände überträgt, und behält sich doch von dem ganzen Mobiliar für sein ganzes Leben den Nießbrauch (hört! links), das hat der Bischof Martin von Paderborn gethan. Bei solchen Erfahrungen über das Gewissen der Bischöfe haben diese nicht mehr das Recht, sich auf solchen Rückhalt zu stützen. (Unruhe im Centrum.) Die leidenschaftlichen Aeußerungen, die vor 9 Monaten hier bei Entstehung dieser Gesetze gefallen sind, wurden von der ultramontanen Presse aufs Eifrigste verbreitet. Sodann begann die Agitation des Klerus auf der Kanzel, gekräftigt durch den Umstand, daß, wenn diese verurtheilten Herren heim kamen, sie mit feierlichen Aufzügen, mit Fackeln von der Bevölkerung eingeholt wurden.

Da fiel auf der Kanzel an mancher Stelle und ist mir auch amtlich mitgetheilt worden das Wort: Wenn ihr nicht so wählt, wie ich Euch sage, so seid ihr übers Jahr protestantisch. Nehmen Sie dann noch dazu die Agitationen im Beichtstuhl (Rufe im Centrum, Pfui! große Unruhe), so werden Sie es wohl erklärlich finden, wenn in der katholischen Bevölkerung allgemein der Glaube verbreitet ist, daß wir den katholischen Glauben zerstören wollen. Es ist das eine Unwahrheit, und ich nehme nicht Anstand zu sagen, das objective Wort Unwahrheit wird hier wohl umgewandelt werden können in das subjective Wort und ich sage daher offen, es ist das eine Lüge. (Beifall links, Widerspruch im Centrum.) Weiter muß ich sagen, wir haben es mit einer irregeleiteten Bevölkerung zu thun. Ich habe freilich die Hoffnung, daß die Einsicht doch noch kommen wird. (Widerspruch im Centrum.) Sie schütteln mit dem Kopfe und Sie mögen Recht haben, daß die Sache schwer ist. Haben wir doch heute wieder von dem Antragsteller eine eigenthümliche Erklärung aus einer schwer zu verstehenden Rechtsphilosophie von Stahl vernommen, woraus aber das eine Wort „Empörung" recht sehr deutlich zu verstehen war. Die unbelehrte Menge draußen, die wird wenigstens nichts anderes daraus entnehmen und verstehen als dies eine Wort „Empörung." (Sehr wahr! links.) Sie sprechen von dem bisherigen Frieden in Preußen, aber wie ist denn der zu Stande gekommen, einfach durch die Unterwerfung des Staates, durch fortwährendes Nachgeben des Staates gegenüber der katholischen Kirche. Der Vorredner wies hin auf die katholische Abtheilung, ich habe mich jetzt aus den Actenstücken über ihre Thätigkeit informirt, ich führe an, daß fast bei keiner einzigen Frage von dieser Abtheilung eine Entscheidung abgegeben wurde für den Staat, sondern immer für die Kirche, daß ferner, als ein Minister (es war Herr v. Bethmann-Hollweg) mit einer Entscheidung der Abtheilung nicht einverstanden war, gar keine Entscheidung erfolgte, sondern die Acten immer alle drei Monate hin und her geschickt wurden, bis Herr v. Mühler ins Amt kam. (Hört links.)

Durch diese Nachgiebigkeit sind wir eben dahin gekommen, diese Gesetzgebung zu machen. Die Regierung ist vollständig davon durchdrungen, daß nur eine nach allen Richtungen consequente Vorwärtsbewegung gegenüber den Einflüssen, die uns entgegenstehen, uns zum Ziele führen kann. (Beifall links.) Freilich wird von den ultramontanen Organen fortwährend die Meinung verbreitet, die Regierung sei im Rückzuge. Glauben Sie doch, die Regierung ist nicht auf dem Rückzuge, die jetzige Regierung wird es sicher niemals sein. Nun weiß ich sehr wohl, die Herren wären sehr zufrieden, wenn eine andere Regierung käme. (Sehr wahr! im Centrum.) Aber ich gehe noch einen Schritt weiter und sage, keine preußische Regierung kann auf diesem Wege auch nur inne halten, das heißt Frieden schließen um den Preis der Souveränetät des Preußischen Staates, und das thun wir in Preußen nicht. (Beifall links.) Unsere praktische Antwort auf diese hier gestellten Anträge wird sein müssen die Befestigung, Erläuterung und Verschärfung der Maigesetze. (Beifall links.) Sie haben sich ja so über die Dunkelheit der Bestimmungen dieser Gesetze beklagt. Wir werden Ihnen daher Erläuterungen und Klarlegungen derselben bringen müssen. Die Regierung ist aufs Ernsteste bemüht, die betreffenden Vorlagen vorzubereiten und sie wird Ihnen bald den thatsächlichen Beweis davon geben. (Beifall links.) Von der Majorität dieses und des anderen Hauses muß die Regierung volle Unterstützung verlangen, wenn sie die Aufgabe lösen will, deren Lösung nothwendig ist. Daß Sie diese heutigen Anträge ablehnen werden, davon ist die Regierung überzeugt. (Lebhafter Beifall, nur das Centrum zischt.)

Von den Abgg. Virchow und Rickert wird folgende motivirte Tagesordnung eingebracht: In der Erwartung, daß die königliche Staats-Regierung den bestehenden Gesetzen Achtung verschaffen und den Erlaß der zur Ordnung der kirchlichen Zustände unentbehrlichen Gesetze herbeiführen wird, geht das Haus über den Antrag der Abgg. Reichensperger und Genossen zur Tagesordnung über.

Abg. Löwe: Der vorliegende Antrag verlangt die Aufhebung dessen, was das hohe Haus im vorigen Jahre beschlossen hat. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir unserem Lande, unserer deutschen Nation ein klägliches Schauspiel darbieten würden, wenn wir auf den Antrag eingehen, ja uns nur mit Erörterungen lange aufhalten wollten. (Beifall.) Wir haben diese Forderung nicht erst heute gestellt, nicht erst kühn geworden durch die großen Erfolge des Staates. Wir haben der Staatsregierung immer ihre unglückliche Auslegung der Verfassungsparagraphen vorgeworfen und vor den Folgen gewarnt, noch ehe die Infallibilität kam, weil wir wußten, daß die katholische Kirche mit innigster Nothwendigkeit gleichgiltiger gegen den Nationalgeist sein müsse und besonders gegen den deutschen Geist als jede andere Kirche, weil sie eine zusammenhängende Macht in allen Staaten und Nationen bildet. In dem Augenblicke, wo die Regierung die Augen geöffnet und ihr Herz den Staatsinteressen zugewendet hat und dem Staate seine Macht wieder geben will, haben wir nicht gesäumt an ihre Seite zu treten und wir werden an ihrer Seite ausharren in diesem Kampfe, weil wir wissen, daß dabei die Ehre und Zukunft unseres Staates auf dem Spiele steht. (Widerspruch im Centrum. Lebhafter Beifall im übrigen Hause.) Wir wissen, daß es uns beschieden ist, diesen Kampf auszufechten, daß nur wir ihn ausfechten können, daß wir ihn für die Menschheit ausfechten. (Gelächter im Centrum. Lebhafter Beifall im übrigen Hause.) Wenn wir dieser Ueberzeugung Ausdruck geben, so können wir doch nicht verkennen, daß gewaltige Veränderungen eingetreten sind.

Welche Dialektik Sie auch anwenden mögen, um die Verantwortung für das abzulehnen, was in Rom bei der Infallibilitätserklärung geschehen ist, unzweifelhaft ist es, daß die große Masse derjenigen, denen Sie als Führer dienen, ganz anders denken (Sehr wahr! links.) und der Papst nimmt eine ganz andere Stellung zu den bürgerlichen Gesetzen ein, als Sie es immer kundgeben. Sie haben meinem Freunde Virchow in seiner Abwesenheit vorgeworfen, daß er einen Widerspruch zwischen Ihren Aeußerungen und den Erklärungen des Papstes nachzuweisen versucht hat. Er ist nicht im Stande zu antworten, weil er nicht anwesend war. Ich will aber zu seiner Vertheidigung nur auf die päpstliche Allocution vom 21. December 1871 in der österreichischen Verfassungsangelegenheit verweisen, in welcher das Gesetz ein unseliges genannt, und die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Erlaubniß zur Errichtung von Schulen verdammt wird. Wenn wir diese Allocution, das Infallibilitäts-Dogma, die Stellung der Bischöfe betrachten, was soll dann aus dem Staatsgrundgesetz werden, wenn sie auf Weisung von Rom her alle anderen Pflichten außer Acht lassen? Was Ihnen aus Rom zugeht, müssen Sie thun, nach unserer Auffassung, die doch neben der Ihrigen auch mit in Betracht kommt. Wir haben kein anderes Mittel, uns mit Ihnen zu verständigen, als Ihre eigenen Documente zu Grunde zu legen. In allen Theilen der Welt, in denen die katholischen oder vielmehr die ultramontanen Stimmen specifisch zur Geltung kommen, zeigt sich der schlimmste Haß gegen das neue deutsche Reich und das Verhalten unserer Bischöfe zeigt, daß sie nicht nach ihrer eigenen Ueberzeugung, nach ihrer Erkenntniß von dem, was dem deutschen Volke Noth thut, handeln.

Wenn wir diesen Staat im Staate noch bestehen ließen, würden wir in eine große Gefahr gekommen sein, und das ist aus dem Munde eines Gemäßigten von Ihnen bestätigt worden, indem er sagte, wenn damals schon die Bewegung gewesen sein würde, würden die Heere 1870 nicht so marschirt sein, wie es geschehen ist. Sie haben die Gebote der Nation unter die Gebote der Kirche gestellt; in diesem Zustande sehen wir eine Gefahr, der wir entgegentreten wollen. Sie drohen uns mit dem katholischen Volke: ich sage Ihnen, mit dieser Bestrebung versündigen Sie sich gegen den Geist der deutschen Nation und werden in dem, durch seine Literatur, nicht durch eine Fürstenmacht wiedergeborenen Volke einen Widerstand finden, gegen den Sie machtlos sind. Sie thun sich Unrecht, wenn Sie sich in einen solchen Widerspruch setzen; Sie selbst haben an der Literatur mitgearbeitet und die Idee der Herrschaft der Kirche über den Staat aufgegeben; erst die Wirksamkeit des Jesuitenordens hat diesen Gedanken wieder erweckt. Der Friede ist dadurch gestört. Wir werden uns eng an den Geist der deutschen Nation anschließen und so den Staat mächtig machen. Wir sind weit entfernt durch Uebertreibungen eingeschüchtert zu werden, wenn Sie von Nero und Diokletiom und von dem Edicte von Nantes sprechen. Der Redner, welcher das Bild gebrauchte, hat wahrscheinlich keine Ahnung von dem Elend gehabt, welches die Aufhebung des Edicts zur Folge hatte. (Widerspruch im Centrum.) Ich stamme mütterlicherseits von einer Familie, die damals aus Frankreich vertrieben wurde; die Mutter hat mir noch [illegible] von den unsäglichen Leiden gesprochen, die die Familie ertragen mußte, und ich habe die Warnung daraus genommen: bei Leibe keine Kirchenherrschaft, denn das ist der schlimmste Despotismus, den wir haben können! (Lebhafter Beifall.)

Die Discussion schließt mit einigen persönlichen Bemerkungen; u. A. versichert Abgeordneter Kraetzig, als Director der katholischen Abtheilung stets gewissenhaft und nach Lage der Sache und der Gesetze decernirt zu haben.

Abg. Windthorst (Meppen) als Mitantragsteller: Zwischen Löwe und Dr. Falk, zwischen der Mehrheit und der Regierung besteht natürlich das beste Einvernehmen. Aber Herr Löwe sollte von dem Frankreich, von dem er abstammt, lernen, daß es nichts Schlimmeres giebt, als die Herrschaft des Staates in kirchlichen Dingen, als das russische System. Denn nicht der Papst hat das Edikt von Nantes aufgehoben, sondern ein weltlicher Herrscher im Uebermuthe seiner Macht und Niemand kann jene Aufhebung nachdrücklicher verwerfen. als ich. Ueberraschend ist mir, daß die liberale Mehrheit das Princip der Freiheit verloren hat, daß auch sie in Bezug auf entgegengesetzte Meinungen nichts Anderes und Besseres weiß als sie niederzuschmettern und mit den Mitteln der Polizei zu behandeln. Nur unsere kleine Partei arbeitet nicht mit diesen Mitteln, wenn wir auch von der Polizei der Presse und ehemaliger Freunde viel zu leiden haben. Unser Antrag, über den Sie die Discussion so rasch geschlossen haben, weil Sie seine ruhige Erörterung scheuen, ist aus der Erwägung hervorgegangen, daß die außerordentliche Lage, die eine von einer protestantischen Mehrheit beschlossene und der katholischen Minderheit auferlegte Gesetzgebung geschaffen hat, von einem neuen Abgeordnetenhaus revidirt zu werden verdient.

Man vergesse nicht, daß der innere, religiöse Frieden, der auf alten Verträgen beruhte, durch Verrückung des Schwerpunktes, auf dem die Confessionen ruhen konnten, ohne vom Staate bedrängt zu werden, schwer hat leiden müssen. Die neueste Entwickelung der Dinge hat das Gleichgewicht um so einseitiger vernichten müssen, als einer der Factoren, der es durch seine Schwerkraft mit aufrecht erhielt, Oesterreich, ausgeschieden ist und auf seine Wirkung verzichtet werden muß. Gleichwohl hätte sich sehr wohl eine Lösung finden lassen, die diese Lücke ausglich, wenn nicht eine gewaltthätige Politik zur Herrschaft gelangt wäre. Der Redner giebt darauf eine eingehende Darstellung der Beziehungen des preußischen Staates zur katholischen Kirche, rühmt die herrlichen Thaten Friedrich Wilhelm IV., alle seine Aufforderungen zum Frieden kamen eigentlich darauf hinaus die Katholiken möchten aufhören, Katholiken zu sein. Das wird nicht geschehen, sie werden Widerstand leisten wie die ersten Christen. Die Bischöfe stehen da wie Riesen der Freiheit in dieser matten Zeit, — wo hat der Lieralismus solche Zeugen aufzuweiseu? — und die Lettern, in denen Ledochowsky's Brief geschrieben ist, werden durch die Jahrhunderte leuchten.

Die Opferbereitschaft des katholischen Clerus läßt darauf schließen, wie tief seine Ueberzeugungen wurzeln, und jeder freie Mann sollte diese Tugend hochachten. Was Herr Löwe will, verletzt die deutsche Nation gerade da, wo sie am empfindlichsten ist, in ihrem Herzen und Gemüth. Der Minister will sich über den Ersatz verurtheilter Bischöfe mit dem Hause verständigen. Wahrscheinlich hat er einige neue auf Lager (Heiterkeit), aber die Gemeinden werden sich hüten, Bischöfe aus den Händen des Ministers zu acceptiren. Als Schlußeffect hat er die Civilehe in der Tasche und der Coup, der durch diese Vorlage vielleicht heut noch gemacht werden soll, möge durch die Versicherung etwas abgeschwächt werden, daß die Evangelischen unter ihrer Einführung mehr leiden werden, als die Katholiken. Der Minister erklärt jede Umkehr für unmöglich; aber die Ministerien vergehen, die Dynastien bleiben und wir haben ein Interesse daran, daß sie bleiben. Auch sind Verhandlungen, die zum Frieden führen, nicht ausgeschlossen, und Redner würde es als ein Glück erachten, seinerseits dazu beizutragen. Andererseits werden die Katholiken im passiven Widerstande verharren und siegen! (Beifall und Zischen.)

Die von Virchow und Rickert eingebrachte motivirte Tagesord-

nung wird in namentlicher Abstimmung mit 288 gegen 95 Stimmen angenommen, womit die Resolution Reichensperger's beseitigt ist.

Der Cultusminister Dr. Falk verlangt während der Zählung der Stimmen das Wort, um unter dem wiederholten, lebhaften Beifall des Hauses den Gesetzentwurf über die Beurkundung des Personenstandes und die Formen der Eheschließung, das ist die obligatorische Civilehe, einzubringen, wozu er und die Minister des Innern und der Justiz gestern die Allerhöchste Ermächtigung erhalten haben. Mit der Einbringung eines Gesetzentwurfs von so ernster Bedeutung soll kein Coup gemacht werden, wie der Abg. Windthorst vorhin äußert. Es ist der Staatsregierung schwer geworden, diesen Gesetzentwurf vorzulegen. Nach der eingehendsten und ernstesten Erwägung ist das Staatsministerium einstimmig geworden, Se. Maj. den König dringend zu bitten, diese Vorlage dem Landtag machen zu dürfen. Die Staatsregierung hält es bei einer so ernsten Angelegenheit für nicht an der Stelle Parteiprincipien zum Ausdruck zu bringen. Die Auffassung der Nothwendigkeit der Einführung der obligatorischen Civilehe ist in den verschiedenen Landestheilen verschieden. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo diese Maßnahme getroffen werden mußte.

Früher handelte es sich nur darum, Mißstände in der protestantischen Kirche durch die facultative Civilehe zu beseitigen; sie würde vielleicht auch jetzt noch genügen, wenn es sich nur um die protestantische Kirche handelte, die eben jetzt eine neue Verfassung erhalten soll. Aber durch den Nothstand in der katholischen Kirche ist die obligatorische Civilehe für diese Kirche nothwendig geworden und um der Parität willen muß die evangelische Kirche in gleicher Weise behandelt werden. Die Staatsregierung weiß sehr wohl, daß sie die heutigen Zustände nicht verschuldet; gleichwohl hat sie es für ihre Pflicht erkennen müssen, Unterthanen des Staates, mißleitete Menschen, vor Schaden und Nachtheil zu wahren. In Zeiten hochgespannter Erregung ist es nicht möglich, wenn der ganze Ernst der Staatsregierung darauf gerichtet ist, zu einem gedeihlichen Zustande zu gelangen, die entgegenstehenden Priester der einen Kirche Acte vornehmen zu lassen, die sie nur im Auftrage des Staates mit Giltigkeit vornehmen können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Schorlemer=Alst zieht darauf den von dem erkrankten Abg. v. Mallinckrodt eingebrachten Antrag zurück.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Interpellation, Etatsberathung.)

Berlin, 10. Decbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen August von Portugal, Herzog von Coimbra, den Schwarzen Adler=Orden verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Ober=Amtsrichter Rüdiger zu Elbingerode und dem Gerichts=Kassen=Rendanten, Rechnungs=Rath Salzwedel zu Wollstein, den Rothen Adler=Orden vierter Klasse; dem Consistorial=Secretär Kanzlei=Rath Rück zu Berlin, den Königlichen Kronen=Orden dritter Klasse; dem Hegemeister Goldmann zu Forsthaus Lengenberg, Kr. Heiligenstadt, den Königlichen Kronen=Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Advocaten Dr. jur. Michael Manhayn, Dr. jur. Ellissen und dem Advocaten und Notar Dr. jur. Fester, sämmtlich zu Frankfurt a. M., den Charakter als Justizrath verliehen.

Bei der höheren Bürgerschule zu Weißenfels ist der Lehrer Dr. Max Weicker zum Oberlehrer ernannt worden. — Der königliche Landbaumeister Adolf Daemicke zu Cöslin ist unter Beilegung des Amts=Charakters „Königlicher Kreisbaumeister“ in die vacante Kreisbaumeisterstelle zu Cüstrin versetzt worden.

Berlin, 10. Dec. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfingen heute den Hofmarschall Grafen Keller vor dessen Abreise nach Dresden, und später den Geheimen Cabinetsrath v. Wilmowski. Hierauf machten Se. Majestät die tägliche Ausfahrt.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Vormittags zur militärischen Meldung den General=Major v. Diringshofen, Commandeur der 18. Division, den Major v. Nickisch=Rosenegk vom Generalstabe derselben Division, sowie den Oberst=Lieutenant v. Starck, Brigadier der 3. Gensd'armerie=Brigade. Nachmittags 5 Uhr fuhr Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit nach dem Lehrter Bahnhofe, um sich mittelst Hof=Extrazuges zu den Jagden nach Springe zu begeben. (Reichsanz.)

[Sr. Majestät dem Kaiser und König] sind aus Anlaß der Antwort an Se. Heiligkeit den Papst noch weitere Adressen zugegangen: von 490 Einwohnern der Stadt Freiburg im Breisgau, von 331 Einwohnern der Stadt Constanz, von Presbyterium und Repräsentation der kleineren evangelischen Gemeinde Mülheim an der Ruhr, von dem Moderamen des ostfriesisch=reformirten Coetus in Emden im Namen der reformirten Prediger Ostfrieslands, von 56 Einwohnern der Dorfschaft Rosdorf bei Göttingen, von der Reformed Romanist Priests' Protection Society in Dublin und verschiedenen einzelnen Personen, namentlich auch aus England und Amerika. (Reichsanz.)

⊙ **Berlin,** 10. December. [Freie Eisenbahnfahrt für die Reichstagsabgeordneten. — Die Ausstellung in Philadelphia. — Nachweisungen.] Bei den jüngsten Verhandlungen des Bundesrathes kam bekanntlich auch die Angelegenheit wegen Bewilligung von freier Eisenbahnfahrt für die Reichstags=Mitglieder zur Sprache. Es wurde, wie schon mitgetheilt, von Seiten der oldenburgischen Regierung gegen die verfassungsmäßige Zulässigkeit des vom Reichskanzleramt vorgeschlagenen Verfahrens Bedenken erhoben, welche vom Präsidenten als unbegründet zurückgewiesen wurde. Die oldenburgische Regierung hat jetzt ihr Bedenken aufgegeben und nachträglich dem Verfahren zugestimmt. Sämmtliche Bundesregierungen haben für die unter ihrer Verwaltung stehenden Bahnen freie Fahrt für die Dauer der Sessionen in beliebiger Wagenklasse und nach allen Richtungen zugesagt, und eine gleiche Bewilligung ist von Seiten der Privat=Eisenbahnen gegen Zahlung einer Aversional=Entschädigung erfolgt. Als dieses im Bundesrath zur Mittheilung gelangte, bemerkte der Vorsitzende noch, daß da diese Entschädigung noch nicht im Reichs=Etat für 1874 Platz gefunden, die Gewährung derselben nur unter Vorbehalt der Genehmigung des Reichstages erfolgen könne. — An das deutsche Reich ist von Seiten der Vereinigten Staaten von Nordamerika eine Einladung zur Theilnahme an der internationalen Ausstellung ergangen, welche 1876 zu Philadelphia stattfinden soll. Der Bundesrath hat beschlossen, die Annahme dieser Einladung auszusprechen, die Bestellung einer eigenen Commission für die Ausstellung, sowie eines in Philadelphia residirenden Bevollmächtigten dem Reichskanzler zu überlassen, demselben auch anheimzugeben, bei Bestellung der Commission darauf Rücksicht zu nehmen, daß diese aus Vertretern der hauptsächlich dabei betheiligten Staaten gebildet werde und daß die Mitglieder wo möglich am Sitz der Ausstellungs=Commission ihren Wohnsitz haben. Es liegt in der Absicht, die Kosten der Commission und der Vertretung in Philadelphia auf das Reich zu übernehmen. — Ueber die Ausgaben und Einnahmen der provinzial= und communalständischen Verbände für das Jahr 1869, sowie über den Vermögens= und Schuldenstand dieser Verbände und der Landarmenverbände, endlich über die Art der Aufbringung der Steuern, welche jene Verbände im genannten Jahre für ihre Zwecke erhoben haben, sind vom Minister des Innern Nachweisungen aufgestellt und jetzt der Landesvertretung mitgetheilt worden.

Posen, 7. Decbr. [Von der polnisch=ultramontanen Partei] werden alle Hebel der Agitation in Bewegung gesetzt, um bei den Reichstagswahlen nur die Wahl streng ultramontan gesinnter Abgeordneter durchzusetzen, die von der Bildung einer eigenen, polnischen Fraction im Reichetage absehen und sich unmittelbar der Centrumsfraction anschließen. Diesen Zweck hofft man mit Sicherheit durch den Einfluß der Geistlichkeit zu erreichen, die denn auch vom Erzbischof angewiesen ist, aus allen Kräften für die Wahl streng ultramontan gesinnter Abgeordneter zu wirken. Daß man sich in der auf die Geistlichkeit gesetzten Hoffnung nicht täuscht, beweisen die Vorwahlen in Krotoschin und Posen, bei denen die ultramontane Partei trotz aller Gegenanstrengungen der Nationalliberalen einen vollständigen Sieg errungen und die Wahl aller ihrer Candidaten durchgesetzt hat. Selbst in der Vorwahl=Versammlung des Kreises Schrimm=Schroda, in der die Anhänger der nationalliberalen Partei ihren ultramontanen Gegnern numerisch weit überlegen waren, gelang es dem Einflusse der Geistlichkeit, die Aufstellung der Candidaturen des Erzbischofs Ledochowski und des eben so streng ultramontan gesinnten Fürsten Roman Czartoryski durchzusetzen. Die Wahl des Erzbischofs Ledochowski zum Reichstags=Abgeordneten steht auf dem Programme der ultramontanen Partei und für sie ist vorzugsweise der stark von deutschen Katholiken bewohnte Wahlreis Fraustadt=Kröben in Aussicht genommen. Im Interesse dieser Wahl wurde der genannte Wahlkreis in voriger Woche vom Weihbischof Janiszewski bereist. (Osts. Ztg.)

Dresden, 10. Decbr., Früh 8 Uhr. [Im Befinden Ihrer Majestät der Königin Elisabeth von Preußen,] Allerhöchstwelche bereits vor vier Wochen an einem acuten Lungencatarrh, der sich bis in die feinsten Luftröhrenverzweigungen erstreckt, erkrankt sind, ist in vergangener Nacht plötzlich eine wesentliche Verschlimmerung aller Krankheitserscheinungen eingetreten. — Insbesondere haben die Athemnoth und der Husten beträchtlich zugenommen und sind diese Symptome um so mehr Besorgniß erregend, als Ihre Majestät die Königin schon seit Jahren an einem ausgesprochenen Herzfehler leiden.

Dr. Grimm. Dr. Fiedler.

Weimar, 7. Decbr. [Amtsentsetzung.] Die telegraphisch gemeldete Amtsentsetzung des kürzlich viel genannten Pfarrers Rieth in Neuenhof bei Eisenach wird auch in weiteren Kreisen unserer Regierung die wohlverdiente Anerkennung einbringen. Die Regierung gewährt jeder Glaubensrichtung die vollste Freiheit; aber eine Gemeinde zum Ungehorsam gegen die legal entstandene Synodalverfassung aufzufordern, das ist nicht mehr Glaubens= oder Gewissenssache, das ist eine Widersetzlichkeit, die mit Energie geahndet werden muß. Der Kirchenrath hat nun mit der größten Schonung den Herrn Rieth aufgefordert, seine ordnungswidrige Erklärung zurück zu nehmen; es wurde dann mit der Suspension unter Belassung des Gehaltes ihm weiter die Möglichkeit gegeben, sich eines Besseren zu besinnen, und erst nach Erfolglosigkeit dieses Schrittes ist die volle Dienstentsetzung erfolgt. Etwas Anderes war auch in einem geordneten Staatswesen nicht möglich; von einem Martyrium kann aber hier nicht entfernt die Rede sein. Das wäre eine sonderbare Aufopferung, den Gesetzen nicht zu gehorchen und dann die nothwendige Consequenz des Ungehorsams zu glorificiren. Vor einer solchen Kritik, die wohl im Vatican beliebt sein mag, sollte doch der biedere deutsche Sinn bewahrt bleiben. (M. Z.)

Nürnberg, 5. Decbr. [Die Verhandlung der Anklage] gegen Pfarrer Lösch und Vicar Walther wegen unbefugter Errichtung einer Unterrichtsanstalt (Sonntagsschule) fand in der heutigen Sitzung des königl. Stadt=Gerichts dahier statt, wozu die beiden Beschuldigten persönlich erschienen waren. Dieselben stützten ihre Vertheidigung darauf. daß es sich lediglich um eine interne kirchliche Angelegenheit handle, und daß der von den jungen Damen freiwillig und unentgeltlich gegebene Unterricht in der biblischen Geschichte, welcher in dem den Elementarschulen zugewiesenen Umfange ertheilt werde, nur dazu diene, den religiösen Sinn der zu unterrichtenden freiwillig erscheinenden Kinder von 7 bis 10 Jahren zu stärken. Die königl. Staatsanwaltschaft hielt die Anklage auf Grund des Art. 59 des P.=St.=G.=B. aufrecht und beantragte Verurtheilung der beiden Beschuldigten zu einer Geldstrafe von je 2 Thlr., event. zu 1 Tag Haft und zu den Kosten. Das Gericht erkannte jedoch in dem sofort erlassenen Urtheile auf Freisprechung der beiden Beschuldigten. (N. C.)

Stuttgart, 10. Decbr. [Die erste Kammer] gab heute einstimmig eine Erklärung ab, in welcher sie ihr Einverständniß mit der Ansicht des Ministers v. Mittnacht bezüglich des Lasker'schen Antrages wegen der Erweiterung der Reichscompetenz aussprach.

Oesterreich.

Pest, 10. Dec. [Das Finanzministerium.] In Deakistischen Kreisen verlautet, daß der Handelsminister Zichy das Portefeuille des Finanzministeriums übernehmen werde. Der „Pesti Naplo“ bemerkt hierzu, daß der Minister Zichy dasselbe erst nach der Debatte über das Budget übernehmen könne.

Schweiz.

Bern, 6. Decbr. [Aus dem Nationalrathe.] Die bis zum Schlusse der Revisions=Berathung verschobenen Artikel der Bundesverfassung, schreibt man der „K. Ztg.“, eröffnete heute im Nationalrathe Art. 55, der sogenannte Rechtsartikel, für welchen in einer gestern Abend von den Mitgliedern Stämpfli von Bern, Dr. A. Escher und Dr. J. Dubs von Zürich, Ruchonnet von Lausanne und Zürcher von Appenzell veranstalteten Vorversammlung folgender Verständigungs=Antrag festgestellt wurde: „Dem Bunde steht die Gesetzgebung zu: über die persönliche Handlungsfähigkeit; über alle auf den Handel und Mobiliarverkehr bezüglichen Rechtsverhältnisse (Obligationenrecht mit Inbegriff des Handels= und Wechselrechts); über das Urheberrecht an Werken der Literatur und Kunst; über das Betreibungsverfahren und das Concursrecht. Die Rechtsprechung selbst verbleibt den Cantonen mit Vorbehalt der dem Bundesgerichte eingeräumten Competenzen“. Da die Urheber dieses Antrags beiden Lagern, dem centralistischen und föderalistischen, angehören, war an seiner Annahme von vornherein nicht zu zweifeln. Dieselbe erfolgte nach unerwartet kurzer Debatte mit 89 gegen 14 Stimmen. An der Debatte betheiligten sich hauptsächlich die oben genannten Mitglieder. Den im bundesräthlichen Entwurfe enthaltenen Passus: „Im Falle des Bedürfnisses kann der Bund seine Gesetzgebung auch auf die übrigen Theile des Civilrechtes, sowie auf das Strafrecht und den Strafproceß ausdehnen“, hat man also fallen lassen. Die Föderalisten können den Centralisten nicht mehr Mangel an Entgenkommen zum Vorwurf machen.

[Im Ständerath] kamrn heute die Auslieferungsverträge mit Portugal und Rußland zur Berathung, von denen der erstere am 31. October und der letzte am 19. November 1873 unterzeichnet worden. Der erstere wurde ohne Anstand ratificirt, bei dem letzten lag ein Commissions=Minderheits=Antrag auf Nichtgenehmigung vor, welcher aber schließlich verworfen wurde.

[Ex=Decan Vautrey in Delsberg,] ein Hauptkämpe nach dem Herzen Gottes, wurde verhaftet. jedoch gegen 1000 Fr. Bürgschaft freigelassen. Er soll einen der Kirche gehörigen Diamanten annectirt und in Paris für 150 Fr. losgeschlagen haben. Die beiden Ex=Pfarrer von Courtetelle und Glovelier bewohnen jetzt wider Willen das Gefängniß zu Delsberg. Da die Ultramontanen in den gemeinsten Schmähschriften über die neuen Pfarrer herfallen, so drehen die Liberalen den Spieß um und veröffentlichen einen Lebensabriß Vautrey's, der u. A. beschuldigt wird, er habe den Bruder des Bischofs Lachat gedungen, um sein mit einer Pariserin aus angesehener Familie erzeugtes Kind zu vergiften.

Italien.

Rom, 4. Decbr. [Minghetti und Sella. — Parlamentarisches.] Was ich früher andeutete, schreibt man der „K. Z.“, ist durch Minghetti's Finanzauseinandersetzung in fast allen Einzelnheiten bestätigt worden: sie ist ein modificirter Abklatsch der Sella'schen Finanzpläne, die wohl in der Art der Steuererhebung, da und dort auch in der Vertheilung der Abgaben eine leichtere und humanere Praxis einführen, in der Substanz aber nichts ändern kann. So ist sie auch von der öffentlichen Meinung aufgenommen und Sella kehrte zu rechter Zeit gestern aus Deutschland hieher zurück, seinem Nachfolger mit Rath und That aus den Verlegenheiten zu helfen, die auf ihn lauern. — Bis zum 15. d. glaubt man mit den Berathungen über das Budget di prima previsione für alle Ministerien fertig zu sein, dann kommen die Weihnachtsferien heran und Vielen ist eine darauf folgende Debattenvacanz von drei Monaten wahrscheinlich, da ihre Anwesenheit für die Einzelregulirung der Finanzen behufs der Einführung und Vertheilung der neuen Steuern nicht mehr nöthig sei. Wenn auch die Meisten, denen an der öffentlichen Sache wenig liegt, dies wünschen, ist es doch fraglich, ob der energische Minister Vigliani die für die Assisen und die Präventivhaft vorbereiteten Reformen auf diese Weise noch länger hinausgeschoben sehen will.

[Die neueste Encyclika des Papstes] vom 21. v. M. soll vom Pater Curci, dem bekannten weitschweifigen und verwaschenen Kanzelhelden der frommen römischen Damen, geschrieben sein. Dieselbe ist mit außergewöhnlicher Sorgfalt geheim gehalten worden, bis sie gestern Abend gleichzeitig in den beiden clericalen Blättern, dem „Osservatore Romano“ und der „Voce della Verita“, lateinisch und italienisch erschien. Selbst Monsignori, die sonst „dentro alle segrete cose“ sind, haben erst von ihr Notiz erhalten, als sie vorgestern den beiden Blättern zum Abdruck zugeschickt wurde. So ist es gekommen, daß das „Univers“ diese überholt hat, zum nicht geringen Aerger des Directors des „Osservatore“, Marchese Baviera, der sich mit seiner jüngst erfolgten Beförderung zum Hauptmann in der päpstlichen Nobelgarde trösten mag.

[Personalien.] Die „Ital. Nachr.“ melden: Die Herzogin von Genua ist am 3. December von Dresden wieder in Turin eingetroffen. Das von clericalen Blättern in Umlauf gesetzte Gerücht, der König von Sachsen habe dem Papste einen außerordentlichen Gesandten geschickt, um ihm das Ableben seines Vaters und seine eigene Thronbesteigung anzuzeigen, entbehrt aller Begründung. Jene Mittheilungen sind ganz einfach durch die Post in den Vatican gelangt. — Der außerordentliche sächsische Gesandte, General Krug von Nidda, hat gestern Rom verlassen, nachdem er von Victor Emanuel mit dem großen Bande des Mauritius= und Lazarus=Ordens geschmückt worden ist. — Es ist nicht wahr, daß General Menabrea wieder zum ersten Adjutanten des Königs ernannt worden sei, und ebenso wenig, daß der General Medici seinen Abschied verlangt habe, und noch viel weniger, daß in der Besetzung der italienischen Gesandtschaftsposten Aenderungen bevorstehen.

[Verurtheilung.] Unter großem Zulauf und großer Spannung, schreibt man der „Frankf. Ztg.“, wurde vor dem hiesigen Correctionalgericht der Proceß gegen die „Capitale“ verhandelt wegen ihrer Angabe, daß die Cholera in Rom durch das verdorbene Fleisch erzeugt worden sei, welches in der Kaserne Cimarra an die Soldaten vertheilt wurde. Das Ergebniß der Verhandlungen gab den Behauptungen der „Capitale“ vollkommen recht. Die Blechbüchsen mit den betreffenden Fleichconserven wurden zur Prüfung vorgelegt. Die Militärärzte zeigten den Richtern sechs solcher Büchsen und erklärten ihren Inhalt für gesund, tadellos, in einem Zustand, daß man das Fleisch mit bestem Gewissen den Soldaten zur Nahrung geben dürfe. Die berühmten beiden Sachverständigen aber, die Aerzte Valari und Toscani erklärten nach sorgfältiger Untersuchung, daß unter diesen sechs Büchsen das Fleisch in der einen verdorben sei! Der Eindruck, den diese Erklärung machte, war sehr groß. Die Militärärzte selbst hatten schon zuvor einige Büchsen entfernt, weil dieselben von außen sogar Zeichen der Verderbniß gaben. Der königliche Staatsanwalt probirte zwar den Inhalt einer der Büchsen und ist nicht davon gestorben, aber es war ein der für gut erklärten; dagegen ergaben die Zeugenaussagen, daß eine Katze, die das Fleisch gegessen, welches von den Soldaten heimlich, weil es ungenießbar, fortgeworfen wurde, gestorben ist. Daß nach alledem das Gericht das Urtheil fällen konnte, die „Capitale“ habe eine böse Absicht gehabt und verleumdet, und daß die Fleischbereitung gut sei, erregte wahre Indignation. Der Gerant der „Capitale“ wurde zu zwei Monaten Gefängniß, zu 1000 Francs Strafe und zu den Proceßkosten verurtheilt.

Breslau, 11. Dec. [Graf Leopold Schaffgotsch], Semperfrei von und zu Kynast (geb. 11. Juni 1835, älterer Bruder des regierenden Grafen Ludwig), ist, nach einer Meldung der „Kreuzz.“, zu Graz in Steiermark, wo er, auf der Reise in ein milderes Klima zur Heilung eines Brustleidens sich einige Tage erholen wollte, am 9. d. gestorben.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

December 10. 11.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	337''',22	337''',44	337''',78
Luftwärme	— 1°,5	— 2°,3	+ 0°,1
Dunstdruck	1''',31	1''',45	1''',82
Dunstsättigung	75 pCt.	90 pCt.	91 pCt.
Wind	SW. 1	W. 1	W. 1
Wetter	heiter.	trübe.	trübe.

Breslau, 11. Dec. [Wasserstand.] O.=P. 4 M. 22 Cm. U.=P. — M. — Cm. Eisstand.

Berlin, 10. Decbr. Die Börse ging heute mit der ausgesprochenen Absicht in den Verkehr, der Hausse ihren Beistand wie bisher zu Theil werden zu lassen. Wir möchten indeß nicht untersuchen, ob sie dabei nicht den Hintergedanken hegt, die gehobenen Course in kürzester Zeit wiederum zu Realisationen zu benutzen. Wie dem aber auch sein mag, es glückte ihr etwa bis nach 1 Uhr, die beliebteren Speculationspapiere über den gestrigen Coursstand zu heben, und erst, als Wien mit matteren Notirungen kam, trug sie diesem Factor Rechnung. Das Geschäft war in Oesterr. Credit, dann auch in Lombarden und Franzosen recht rege; sehr beträchtliche Umsätze vollzogen sich in Disconto=Commandit=Antheilen, neben denen sich auch Darmstädter guter Beachtung erfreuten; für Eisenbahnen blieb weiterhin Interesse bestehen und endlich lagen für Kohlenwerke vom Rhein her wieder beträchtliche Kaufordres vor, die sich nicht immer leicht ausführen ließen; auch in den bekannten, besonders zu Speculationszwecken benutzten Bergwerksactien machten sich größere Umsätze zu höherer Notiz. Oesterr. Credit hob sich von 142½ etwa bis 143¾, und ging dann unter zeitweiser Erholung wieder auf den gestr. Cours von etwa 142¼; Lomb. gewannen in höchster Notiz etwa 1¾ Thlr. verloren dann wieder bis ca. 1 Thlr., während für Franzosen eine Avance von mehr als 2 Thlr. bestehen blieb. Die in den letzten Tagen für österr. Nebenbahnen aufgetretene Kauflust war auch heute zu beobachten, da ihr Frankfurter Kaufaufträge neue Nahrung gaben. Die letzte halbe Stunde unterbrach indeß die Hausseströmung. Galizier und österr. Nordwestbahn sehr beliebt, auch die meisten anderen Devisen fanden rege Beachtung. Auswärtige Fonds zeigten sich in recht fester Haltung und zogen zum Theil an. Türken waren recht gefragt, österr. Rente gingen in geringem Maße um. Italienische und französische Renten fand wenig Beachtung. Amerikaner fest aber still, auch russische Werthe trugen feste Physiognomie, ein regeres Geschäft fand aber nur in Pfund=Sterling=Anleihen und Bodencredit statt. Preußische Fonds blieben bei sehr geringen Umsätzen fest. Die auftretende Kauflust kann nicht befriedigt werden, da Abgeber für diese Werthe vollständig fehlen; auch Deutsche Fonds haben nur sehr beschränktes Geschäft aufzuweisen. Cölner Loosantheile belebt und steigend. Prioritäten aller Gattungen waren sehr fest und zeigte der Verkehr darin auch einiges Leben. Auf dem Eisenbahn=Actienmarkte gewann das Geschäft bei sehr fester Haltung ziemliche Ausdehnung, die rheinisch=westfälischen Speculations=Devisen waren sehr belebt und steigend und schließen nach einer durch Realisationsverkäufe veranlaßten geringen Abschwächung wieder fest. Auch Stettiner, Halberstädter, Anhalter, Potsdamer, Görlitzer beliebt, von leichten Bahnen zeichneten sich durch rege Umsätze aus: Ostpr. Südbahn, Schweizer Union, Nahebahn, Lütticher Brest=Grajewo und Tamines=Landen, Rumänen sehr fest. Von Banken machten Disconto=Commandit den Courslauf von 181—80 vereinzelt bis 85—183 durch, auch Darmstädter überstiegen die gestrige höchste Notiz um mehrere Thaler, Berliner Kassenverein höher begehrt, sonst sind noch zu nennen Deutsche Union, Meininger, Central=Genossenschaftsb., Deutsche Bank, Schaffhausen, Engl. Wechslerb., Südd. Boden u. s. w. Für einzelne Industriewerthe fand sich schwaches Interesse, Viehhof, Immobilien und Neptun, Balt. Waggon, Allgemeine Häuserbau= und Reichsbaubank. Von Bergwerken stiegen Magdeburg nm 20 pCt., Dort=

munder holten 86½—85—86, vereinzelt soll zu 88 abgeschlossen worden sein, Laura ult. 161½—63½—62, Gelsenkirchen ult. 145—147—146, gefragt blieben auch Luise, Centrum, Hibernia, Kölner, Märk.-Westf., Bochumer Bergw. und Massener. (Bank- u. H.-Z.)

Berlin, 10. December. [Productenbericht.] Roggen ist bei beschränktem Verkehr auf Termine im Werthe kaum verändert. Waare fand auch heute ziemlich gute Verwendung. — Roggenmehl fest aber ruhig. — Weizen pro December etwas niedriger, im Uebrigen fest. — Hafer loco flau. Termine behauptet. — Rüböl matt und unter schwachem Handel Preise eher etwas niedriger. — Spiritus hat im Werthe nicht viel nachgegeben trotz reichlicher Offerten.

Weizen loco 72—93 Thlr. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, feiner gelber märkischer — Thlr. ab Bahn bez., feiner weißbunter poln. — Thlr. ab Bahn bez., pr. December 87¾—87½—87⅜ Thlr. bez., pr. December-Januar 86 Thlr. bez., Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 86 Thlr. bez., pr. Mai-Juni — Thlr. bez., neue Usance per April-Mai 85 Thlr. bez., Juni-Juli — Thlr. bez. Gekündigt 5000 Ctnr. Kündigungspreis 87½ Thlr. — Roggen pro 1000 Kilogr. loco 60—70 Thlr. nach Qualität gefordert, russischer 62—62½ Thlr., ab Bahn, besser russischer 63½—63¾ Thlr. ab Kahn bez., polnischer — Thlr., inländischer 66—68½ Thlr. ab Bahn bez., per December 63¾—63—64 Thlr. bez., pr. December-Januar 63⅜—¼—½ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 63⅜—63¼—63½ Thlr. bez., pr. Frühjahr 63½—63⅜—63⅝ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 63¾—63⅜ Thlr. bez., Juni-Juli 63—63¼ Thlr. bez. Gekündigt 27,000 Ctnr. Kündigungspreis 63¾ Thlr. — Gerste loco 58—73 Thlr. nach Qualität gefordert. — Hafer pr. 1000 Kilogr. loco 48—58 Thlr. nach Qualität gefordert, schlesischer — Thlr. bez., böhmischer 53—56 Thlr., ostpreußischer 50—55 Thlr., westpreußischer 90—55 Thlr., galizischer 46—51½ Thlr. bez. pommerscher 53—56½ Thlr., uckermärker — Thlr. ab Bahn bez., per November-December 54—54⅛ Thlr. bez., per December-Januar — Thlr. bez., per Januar-Februar — Thlr. bez., pr. Frühjahr 54¼ Thlr. bez., pr. Mai-Juni 54¾ Thlr. bez., pr. Juni-Juli — Thlr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Erbsen: Kochwaare 61—69 Thlr., Futterwaare 51—60 Thlr. bez. — Weizenmehl Nr. 0 12⅓—11⅔ Thlr., Nr. 0 und 1 11⅓—10⅚ Thlr. — Roggenmehl Nr. 0 10⅔—10⅙ Thlr. Nr. 0 und 1 9⅔—9⅓ Thlr., pro 100 Kilo unversteuert incl. Sack. — Roggenmehl Nr. 0 und 1: pr. November-December 9 Thlr. 28½—29 Sgr. bez., pr. December-Januar 9 Thlr. 20—21 Sgr. bez., pr. Januar-Februar 9 Thlr. 18—19 Sgr. bez., pr. Februar-März 9 Thlr. 16½—17 Sgr. bez., pr. März-April — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 9 Thlr. 13½—14 Sgr. bez., Mai-Juni 9 Thlr. 13½—14 Sgr. bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr. — Oelsaaten: Raps — Thlr., Rübsen — Thlr. — Rüböl per 100 Kilo netto loco 19 Thlr. bez., pr. November-December 18 11/12 Thlr. bez., December-Januar 18 11/12 Thlr. bez., Januar-Februar 18 11/12 Thlr. bez., pr. Februar-März — Thlr. bez., pr. April-Mai 20 23/24—20 11/12 Thlr. bez., pr. Mai-Juni 21⅙—21⅛ Thlr. bez. Gekündigt 1606 Ctr. Kündigungspreis 18⅞ Thlr. — Leinöl loco 24 Thlr. — Petroleum per 100 Kilo incl. Faß loco 10 Thlr. bez., pr. October-November — Thlr. bez. pr. November-December 9 7/12—9½ Thlr. bez., pr. December-Januar 9 5/12—9½ Thlr. bez., pr. Januar-Februar 9¾ Thlr. bez., pr. April-Mai — Thlr. bez. — Gekündigt — Barrels. Kündigungspreis — Thlr.

Spiritus pr. 10,000 pCt. loco „ohne Faß" 21 Thlr. 10 Sgr. bez., pr. November-December 21 Thlr. 3 Sgr. bis 20 Thlr. 29 Sgr. bis 21 Thlr. 2 Sgr. bez., pr. December-Januar 20 Thlr. 23 Sgr. bez., pr. Januar-Februar — Thlr. — Sgr. bez., pr. April-Mai 21 Thlr. 3 Sgr. bis 21 Thlr. bis 21 Thlr. 1 Sgr. bez., pr. Mai-Juni 21 Thlr. 5—2—5 Sgr. bez., pr. Juni-Juli 21 Thlr. 16—14—15 Sgr. bez., pr. Juli-August 22 Thlr. 27—23—26 Sgr. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Thlr. — Sgr.

Breslau, 11. Dec., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war wenig verändert, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 8 bis 9 Thlr., gelber 7⅔ bis 8⅔ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen feine Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 6 11/12 bis 7¼ Thlr. feinste Sorte 7⅓ Thlr. bezahlt.

Gerste unverändert, pr. 100 Kilogr. 6⅙ bis 6⅔ Thlr., weiße 7 bis 7⅓ Thlr. bezahlt.

Hafer niedrig, pr. 100 Kilogr. 4¾ bis 5½ Thlr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbsen angeboten, pr. 100 Kilogr. 5 11/12 bis 6½ Thlr.

Wicken gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 4⅚ bis 5⅙ Thlr.

Lupinen hoch gehalten, pr. 100 Kilogr. gelbe 4⅔ bis 5 Thlr., blaue 4⅙ bis 4½ Thlr.

Bohnen behauptet, pr. 100 Kilogr. 6⅔ bis 6⅚ Thlr.

Mais angeboten, pr. 100 Kilogr. 5⅚ bis 6⅓ Thlr.

Oelsaaten leicht verkäuflich.

Schlaglein unverändert.

Per 100 Kilogramm netto in Thlr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinsaat	7	12	6	8	10	—	9	—	—
Winter-Raps	7	12	6	7	25	—	8	7	6
Winter-Rübsen	7	10	—	7	20	—	8	—	—
Sommer-Rübsen	7	17	6	8	—	—	8	5	—
Leindotter	6	27	6	7	10	—	7	25	—

Rapskuchen behauptet, schlesische 72—76 Sgr per 100 Kilogr.

Leinkuchen sehr fest, schlesische 96—100 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleesaat, rothe in fester Haltung, neue 13—15½ Thlr. pr. 50 Kilogr., weiße jähr. 12—16—18 Thlr. pr. 50 Kilogr. hochfeine über Notiz bezahlt.

Thymothee gut behauptet, 8½—11½ Thlr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Thlr., pr. 5 Liter 3¼—4 Sgr.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Trianon, 10. December. Prozeß Bazaine. Nach Wiederaufnahme der Sitzung des Gerichtshofes ergriff der Regierungskommissar General Pourcet das Wort, um auf das Plaidoyer des Vertheidigers zu antworten. Er wies die von Lachaud gegen ihn erhobene Insinuation zurück, als ob die Anklage nur aus politischen Parteimotiven hervorgegangen sei und machte dem Vertheidiger einen Vorwurf daraus, die von ihm verlesenen Zeugnisse des Prinzen Friedrich Karl eingeholt zu haben. Der Regierungskommissar verbreitete sich darauf über die wesentlichsten von der Vertheidigung berührten Punkte, und unterzog besonders die von dem Agenten Regnier geführten Unterhandlungen, deren Bedeutung er von Neuem hervorhob, einer längeren Erörterung, wobei er dem Patriotismus der Kaiserin alle Gerechtigkeit widerfahren ließ. General Pourcet wandte sich schließlich gegen die Ausführungen des Vertheidigers, daß sich die Armee vor Metz nicht im offenen Felde befunden habe und die Anwendung des Artikels 210 des Militärstrafgesetzbuchs deshalb ausgeschlossen sei.

Trianon, 10. December, Abends 8 Uhr. Vor der Suspendirung der Sitzung sagt Bazaine: In meinem Herzen leben nur diese beiden Worte, „Ehre und Vaterland". Ich habe dem Vaterlande 42 Jahre treu gedient, ohne jemals gegen diese stolze Devise zu fehlen, und ich schwöre bei Christus, ich habe Frankreich nie verrathen.

Abends 9 Uhr. Bazaine, vom Kriegsgerichte schuldig erklärt, der Capitulation von Metz und der Feldarmee, ohne Alles gethan zu haben, was Pflicht und Ehre vorgeschrieben, wurde demgemäß einstimmig zum Tode und zur Degradation verurtheilt.

Paris, 10. Decbr., Nachts. Dem Kriegsgerichte über Bazaine wurden folgende Fragen vom Präsidenten vorgelegt: 1) ist Bazaine schuldig, am 28. Octbr. 1870 mit dem Feinde capitulirt und die Festung Metz, deren Obercommandant er war, übergeben zu haben, ohne vorher alle Vertheidigungsmittel erschöpft und Alles, was Pflicht und Ehre vorschrieben, gethan zu haben? 2) ist Bazaine schuldig, im offenen Felde capitulirt zu haben? 3) führte diese Capitulation zur Waffenstreckung der Armee? 4) hat Bazaine vor der Anknüpfung mündlicher oder schriftlicher Unterhandlungen Alles gethan was Pflicht und Ehre vorschrieben? Das Kriegsgericht bejahte einstimmig sämmtliche Fragen, worauf der Präsident die Stimmen für die zu erkennende Strafe sammelte, und dann das Urtheil im Sitzungssaale verkündete.

Paris, 11. December, Morgens. Nach der Urtheilverkündigung unterzeichneten alle Mitglieder des Kriegsgerichts das Gnadengesuch für Bazaine, welches dem Vernehmen nach der Herzog von Aumale sofort zu Mac Mahon überbrachte.

Rom, 10. December. Der „Agencia Stefani" wird aus zuverlässiger Quelle bestätigt, daß im nächsten Consistorium am 22. December de Chigi-Albani, päpstlicher Nuntius zu Paris, Facinelli-Antoniacci, päpstlicher Nuntius in Wien, der Primas von Ungarn, der Erzbischof von Salzburg, der Jesuitenpater Tarquini, der Pater Martinelli und die Erzbischöfe von Paris, Toulouse und Valencia zu Cardinälen ernannt werden sollen.

Berliner Börse vom 10. December 1873.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	5	141¼ B.
do. do.	2 M.	5	140 bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	5	56.20 bz.
Frankf.a.M.100 Fl.	2 M.	4½	— —
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	5½	99¾ G.
London 1 Lst.	3 M.	5	6.21⅜ bz.
Paris 300 Frcs.	10 T.	5	80⅛ bz.
Petersburg 100 SR.	3 M.	6½	89¼ bz.
Warschau 90 SR.	8 T.	6½	81⅜ bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	5	88½ B. ⅜ G.
do. do.	2 M.	5	87⅞ B. ¾ G.

Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4½	— —
Staats-Anl. 4½%ige	4½	101⅝ bz
do. consolid.	4½	105¾ bz.
do. 4%ige	4	99¾ G.
Staats-Schuldscheine	3½	92 bz.
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	121 bz.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	101¼ bz.
Pfandbr. Berliner	4½	100½ bz.
Pfandbr. Pommersche	3½	80⅝ bz. G.
Pfandbr. Posensche	4	90⅛ bz. G.
Pfandbr. Schlesische	3½	81¾ G.
Rentenbriefe Kur- u. Neumärk.	4	95¾ bz
Rentenbriefe Pommersche	4	95¼ bz. G.
Rentenbriefe Posensche	4	94½ B.
Rentenbriefe Preussische	4	95¾ bz.
Rentenbriefe Westfäl. u. Rhein.	4	96⅞ bz. G.
Rentenbriefe Sächsische	4	98¼ B.
Rentenbriefe Schlesische	4	95¼ G.
Badische Präm.-Anl.	4	111½ G.
Baierische 4% Anleihe	4	112⅝ G.
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	92½ bz.

Kurh. 40 Thlr.-Loose 69 G.
Badische 35 Fl.-Loose 38¼ G.
Braunschw. Präm.-Anl. 22½ bz.B.
Oldenburger Loose 37½ B.

Louisd'or 110⅜ bzG.	Dollars 1.11⅜ G.
Sovereigns 6.23 bz.	Frmd. Bkn. 99¾ bG.
Napoleons 5.10½ bG	Oest. Bkn. 88 7/16 bz.
Imperials 5.15¾ G.	Russ. Bkn. 81¾ bz.

Hypotheken-Certificate.

Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	5	— —
Unkünd. do. (1872)	5	101¼ bz.
do. rückbz. à 110	5	104½ bz.
do. do. do.	4½	97⅛ bz.
Unk.H.d.Pr.Bd.-Crd.-B.	5	98¾ bz.
do. III. Em. do.	5	95 bz. G.
Kündb.Hyp.-Schuld.do.	5	94¾ bz.
Hyp.Anth.Nord-G.-C.B.	5	101½ bz.
Pomm. Hypoth.-Briefe	5	101 bz. G
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	104¼ bz.
do. do. II. Em.	5	103 bz.
Meininger Präm.-Pfdb.	4	89 bz. B.
Oest. Silberpfandbr.	5	— —
do. Hyp. Crd.-Pfndb.	5½	— —
Unkb.Pfd.d.Pr.-Hyp.-B.	4½	100 bz. G.
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Gs.	5	— —
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	101 bz.
Wiener Silberpfandbr.	5½	— —

Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente	4⅕	65¾ et.a⅞ bB
do. Papierrente	4⅕	61½ bz.
do. Lott.-Anl. v. 60	5	93¾ bz.G.
do. 54er Präm.-Anl.	4	94½ et.bz.G.
do. Credit-Loose	—	109½ bz.
do. 64er Loose	—	83¼ bz.G.
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	133⅛ bz. G.
do. do. 1866	5	132 G.
do. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	87⅞ bz.
Russ.-Pol. Schatz-Obl.	4	79⅛ bz. G.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	75½ G.
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	64⅛ bz.
Amerik. 6% Anl. p. 1882	6	97¾ bz.G.
do. do. p. 1885	6	100½ et.bz B.
do. 5% Anleihe	5	98¾ bz.
Französische Rente	5	93 bz. G.
Ital. neue 5% Anleihe	5	59⅞ bz.
Ital. Tabak-Oblig.	6	92 bz. B.
Raab-Grazer 100 Thlr. L.	5	78⅛ bz. G.
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	5	45⅜ bz. G.
Ung. 5% St.-Eisenb.Anl.	5	71½ B.

Schwedische 10 Thlr.-Loose —
Finnische 10 Thlr.-Loose 9⅔ bz G.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	100¾ G.
do. III. v. St. 3¼ g.	3½	83¼ bz. B.
do. do. VI.	4½	99¾ B.
do. Nordbahn	5	102½ G.
Berlin-Görlitz	5	103 B.
do.	4½	99 G.
Breslau-Freib. Litt. D.	4½	98¾ B.
do. do. G.	4½	98¾ B.
do. do. H.	4½	98¾ B.
Cöln-Minden III.	4	91 G.
do. do.	4½	100⅞ bz.
do. IV.	4	91 G.
do. V.	4	91 B.
Halle-Sorau-Guben	5	100½ bz. B
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	101 B.
Niederschl.-Märkische.	4	94¼ G.
do. do. III.	4	94 G.
do. do. IV.	4½	— —
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	82 B.
do. C.	4	90¼ G.
do. D.	4	90¼ G.
do. E.	3½	81¾ bz. G.
do. F.	4½	99⅝ G.
do. G.	4½	99⅝ G.
do. H.	4½	99⅛ B.
do.	5	101⅞ bz.
do. Brieg-Neisse	4½	99 G.
Cosel-Oderb. (Wilh.)	4	91 bz. B.
do.	4½	— —
do.	4½	— —
do.	5	102¾ B
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	99½ bz. G.
do. do. III. Em	4½	99½ bz. G.
Ndrschl. Zwgb. Lit. C.	5	— —
do. do. do. D.	5	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	101½ bz. G.
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	101¾ bz.
Schlesw. Eisenbahn	4½	98⅛ G.
Chemnitz-Komotau	5	89 bz.
Dux-Bodenbach	5	83¾ bz. G.
Prag-Dux	5	72¼ G.
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	92⅜ B.
do. do. neue	5	88 bz.
Kaschau-Oderberg	5	76⅜ bz.G.
Ung. Nordostbahn	5	61½ B.
Ung. Ostbahn	5	56½ B.
Lemberg-Czernowitz	5	65 bz.G
do. do. II.	5	76⅛ G.
do. do. III.	5	65 bz. G.
Mährische Grenzbahn	5	74½ G.
Mähr.-Schl.Centralbhn.	5	44 B.
Kronpr. Rudolph-Bahn	5	84⅛ bz. B.
Oesterr.-Französische	3	307 bz. G.
do. do. neue	3	289¾ bz.
do. südl. Staatsbahn	3	245⅞ bz.B.
do. neue	3	245⅞ bz. G.
do. Obligationen	5	85¾ bz. B.
Warschau-Wien II.	5	96¼ G.
do. III.	5	95⅛ bz.
do. IV.	5	95 bz.

Bank-Discont 5 pr. Ct.
Lombard-Zinsfuss 6 pr. Ct.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht.	⅗	1	4	33 bzB.
Berg.-Märkische	7½	6	4	112¼ à 1¾ bz
Berlin-Anhalt	18½	17	4	167½ bz
do. Dresden	—	5	5	59¾ bz
Berlin-Görlitz	0	3½	4	101 bz.G.
Berlin-Hamburg	10¾	12	4	200 bzB.
Berl. Nordbahn	—	5	5	— —
Berl.-Potsd. Magd.	14	8	4	122¼ bzG.
Berlin-Stettin	11 5/12	12¾	4	166 bzG.
Böhm. Westbahn.	8¼	5	5	101⅝ bzG.
Breslau-Freib.	9½	7½	4	105⅛ bz
do. neue	—	5	5	97 bzG.
Cöln-Minden	11⅕	9 7/20	4	152¾ à 2 bz
do. neue	5	5	5	109 bzB.
Cuxhav. Eisenb.	—	—	6	59 bzG.
Dux-BodenbachB.	5	5	5	35¼ bz. G.
Gal.Carl-Ludw. B.	8½	7	5	103¾ à 2½ bz
Halle-Sorau-Gub.	4	0	4	43⅛ bz.G.
Hannover-Altenb	5	5	5	49½ bz
Kaschau-Oderbrg.	5	5	5	62⅞ bzG.
Kronpr.Rudolphb.	5	5	5	72½ bz.
Ludwigsh.-Bexb.	11¾	11	4	196 bz. G.
Märk.-Posener	0	0	4	43 bzG.
Magdeb.-Halberst.	8½	8½	4	134 bz.G.
Magdeb.-Leipzig	16	14	4	264¼ bzG.
do. Lit. B.	4	4	4	96¾ B.
Mainz-Ludwigsh.	11	11 6/10	4	160¾ bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	97¼ bzG.
Oberschl. A. u. C.	13⅔	13⅔	3½	190 bz. B.
do. B.	13⅔	13⅔	3½	170 bz B.
do. D.	—	—	5	178¼ bz
Oester.-Fr. St.-B.	12	10	5	103 à 200½ b
Oest. Nordwestb.	5	5	5	119¾ e20 bz.
Oester. südl. St.-B.	4	4	5	103 à 3¾ b.
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	34½ bz.
Rechte O.-U.-Bahn	3	6	5	125½ bzG.
Reichenberg-Pard	4½	4½	4½	69½ bz
Rheinische	10	9⅖	4	149⅞ à 9 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	26½ bz.G.
Rumän. Eisenbhn.	5⅓	3⅗	5	34¼ bzB.
Schweiz Westbhn.	2	1⅗	4	41 bz.G.
Stargard-Posener.	4½	4⅓	4½	100¼ G.
Thüringer	10½	9	4	138 bz. G.
Warschau-Wien	12	10	5	83 G.

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	5	5	104 bz
Berlin. Nordbahn	—	5	5	36 bzG
Breslau Warschau	5	5	5	20½ B.
Halle-Sorau-Gub.	5	0	5	62⅞ bzB.
Hannover-Altenb.	5	5	5	69⅛ bz
Kohlfurt Falkenb.	2½	5	5	79 bzG.
Märkisch-Posener	1½	0	5	69¼ bz
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	81¼ bzG.
do. Lit. C.	—	5	5	102⅜ bzG.
Ostpr. Südbahn	0	0	5	69¾ bzG.
Pomm. Centralb.	5	5	5	18 bzG.
Rechte O.-U.-Bahn	5	6	5	125½ bz
Rum. (40% Einz.)	—	—	8	81½ bz.G.
Saal-Bahn	—	5	5	45 bzG.

Bank- und Industrie-Papiere.

AngloDeutscheBk	—	7½	5	65 bz
Allg.Deut.Hand.G	—	9¼	5	38 bz
Berliner Bank	15	14	4	68¾ bzG.
Berl. Bankverein.	16	18	5	90 bz.G.
Berl. Kassen-Ver.	12⅖	29 3/10	4	300 bzG.
Berl.Handels-Ges.	12½	12½	4	126 bz
Berl.Lomb.-Bank.	5	11¼	5	44½ bz
Berl.Makler-Bank	25⅔	11	4	100 bz
Berl.Prod.-Makl.B	—	8½	5	101½ bzG.
Berl. Wechslerbk.	12½	0	5	47⅛ bzG.
Braunschw. Bank.	8½	8⅔	4	119⅜ bzG.
Bresl. Disc.-Bank Friedenthal u.Co.	13	10	4	76¼ bzG.
Bresl. Handels-G.	4¼	9	5	— —
Bresl.Maklerbank	—	30	5	77½ G.
Bresl.Mkl.-Ver.B.	- -	7	5	90 G.
Br. Pr.-Wechsl.-B.	—	12	4	— —
Bresl. Wechslerb.	12	12	4	60¾ bz
Centralb. f. Genos.	12	14	4	67½ bzG.
Coburg. Cred.-Bk.	10¼	7¼	4	74¾ etbzG.
DanzigerPriv.-Bk.	7	7	4	113 G.
Darmst. Creditbk.	15	15	4	165½ à 68 bz.
Darmst. Zettelbk.	8	7	4	108⅝ bzG.
Dessauer	—	—	fr.	— —
Deutsche Bank	8	8	4	84¼ bzG.
DeutscheUnionsb.	11⅓	9½	4	76 bz
Disc.-Com.-A.	24	27	4	181 à 3 bz.
Genossensch.-Bnk	10¾	10⅔	fr.	108 G.
do. junge	—	—	4	103 G.
Gwb.Schuster u.C.	10⅔	10	4	62½ bzG.
Görlitzer Ver.-Bk.	—	10	4	— —
Goth.Grundcred.B	9	9½	4	98½ bzG.
Hamb.Nordd.Bnk	12⅗	13⅝	4	145 bz
do. Vereins-B.	11¼	13¾	4	122 G.
Hannov. do.	5⅖	6⅗	4	103 bzG.
do. Disc.-Bk.	—	5	4	61½ G.
Hessische Bank	—	6⅔	5	46 bzG.
Königsb. do.	11	8	4	71 G.
Ldw. B. Kwilecki	14	—	4	50 G.
Leip. Cred.-Bank.	11	15	5	149 bzG.
Luxemburger do.	12	12	4	121¼ etbzG.
Magdeburger do.	5⅕	5¾	4	105 G.
Meininger do.	12	12	4	115 bzB.
Moldauer Lds. Bk.	6	4	4	38 G.
Ndrschl. Cassenv.	12	15	4	15 bz
Nordd.Grundcr.B.	8	13¾	5	82 bzG.
Oberlausitzer Bk.	10¾	8 3/10	4	75⅞ bzG.
Oest. Cred.-Actien	17½	18¾	4	142½ à 2 bz.
Ostdeutsche Bank	—	8	5	64⅞ bzG.
Ostd.Product.-Bk.	—	8½	4	26 bzB.
Posener Bank	6⅘	6½	5	106 bG.
Pos.Pr.-Wechsl.B.	—	8	4	6½ B.
Preuss. Bank-Act.	12 3/10	13½	4	201¼ bz
Pr.Bod.-Cr.-Act.B	14	15	4½	72⅜ bz
Pr. Cent.-Bod.-Cr.	9½	9½	4	120 bz
Pr. Credit-Anstalt	—	24	5	50⅜ bz.G.
Prov. Wechsl.-Bk.	—	7½	4	86½ G.
Sächs. B. 60% l. S.	10	12	5	146¼ bz
Sächs. Cred.-Bank	11	13	4	75 bzG
Schles. Bank-Ver.	12	14	4	115 bzB.
Schl. Centralbank	—	13	4	— —
Schl. Vereinsbank	—	9	5	91 bzG.
Thüringer Bank	9	14	5	103¾ bzG.
Ver.-Bk. Quistorp	15	19	4	18⅜ bz
Weimar. Bank	7	8	fr.	105 bzG.
Wiener Unionbk.	16½	5	4	65¾ G.
Baugess. Plessner.	11	14	5	78½ bz
Berl.Eisenb.-Bd.A	10½	11½	5	156 bzG.
D. Eisenbahnb-G.	—	0	5	36¼ bzG.
do.Reichs-u.Co.-E	—	7¾	5	95 bzG.
Märk.Sch. Masch.G.	—	0	5	26 bz
Nordd.Papierfabr.	8 1/10	8	5	79 B
Westend, Com.-G.	16	17	—	14½ G.
Pr.Hyp.-Vers.-Act.	12	16⅘	4	121⅞ bz
Schl. Feuervers.	20	17½	4	118 B.
Donnersmarkhüt.	—	—	5	58 etbzG.
Königs- u. Laurah.	12¼	29	5	162 bz.B.
Lauchhammer	7	9	5	75½ bzG.
Marienhütte	—	14	5	75¾ bzG.
Minerva	0	—	5	24½ B.
Moritzhütte	—	—	5	60 G.
OSchl.Eisenwerk.	—	11	5	33 bzB.
Redenhütte	—	10	5	— —
Schl.Kohlenwerk.	—	9	5	87 bzG.
Schles.Zinkh.-Act.	6	8	5	94¼ bz
do. St.-Pr.-Act.	6	8	4½	95½ bzG.
Tarnowitz. Bergb.	9	20	5	120¾ bz.
Vorwärtshütte	—	8	5	— —
Baltischer Lloyd	10	0	5	43 G.
Bresl. Bierbrauer.	7	—	5	— —
Bresl. E.-Wagenb.	7	7½	5	57 G.
do. ver.Oelfabr.	—	10	5	64½ G.
Erdm. Spinnerei	—	9	5	55 bz
Görlitz.Eisenb.-B.	0	0	5	41½ G.
Hoffm'sWag.-Fab.	—	6	5	50 G.
O.Schl. Eisenb.-B.	6	14	5	90 bzB
Schles.Leinenind.	10	9	5	93 bz.G.
S.Act. Br.(Scholtz)	9	—	5	36½ G.
do. Porzellan	—	7	4	85½ bz
Schl. Tuchfabrik	11	—	4	27 bz
do.Wagenb.-Anst.	—	9	4	43¾ bz
Schl.Wollw.-Fabr.	—	10	4	32 G.

Bern, 10. December. Der Ständerath hat heute die Bestimmungen der Bundesverfassung über das Unterrichtswesen mit einigen unwesentlichen Modifikationen nach Maßgabe der Beschlüsse des Nationalraths angenommen. Der Nationalrath beschloß in Gemäßheit des Antrages der Verfassungs-Revisionscommission des Ständeraths, daß betreffs der Bundesgesetze und allgemein verbindlicher Bundesbeschlüsse ein Referendum stattfinden soll, wenn dasselbe von 50,000 Bürgern verlangt wird. Der Art. 89 des Verfassungsentwurfs, welcher von der Volks-Initiative handelt, ist von dem Nationalrathe verworfen worden.

Basel, 10. December. Wie die „Baseler Nachrichten" erfahren, wird der Bundesrath am nächsten Freitag die Frage behandeln, ob in Folge der jüngsten Encyclica des Papstes, welche heftige Angriffe auf die Schweiz und die Bundesbehörden enthält, dem päpstlichen Nuntius zu Bern die Pässe zuzuschicken seien. Das politische Departement des Bundesrathes wird die bezüglichen Anträge stellen.

Bukarest, 9. December. Fürst Karl hat heute die Deputation des Senates und der Deputirtenkammer empfangen, welche ihm die Adresse auf die Thronrede überreichte. Der Fürst sprach der Deputation seine Befriedigung aus über das gute Einvernehmen zwischen den Kammern und der Regierung, sowie über die Gefühle der Ergebenheit für die Dynastie, von welcher die Adresse Zeugniß ablege.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 10. December, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118¾. Pariser do 93⅝. Wiener do. 103 3/16. Franzosen*) 354. Hess. Ludwigsb. 160. Böhmische Westbahn 237¾. Lombarden*) 180½. Galizier 241½. Elisabethbahn 236½. Nordwestbahn 212. Elbthalbahn —. do. Prioritäten —. Oregon 17¾. Creditactien*) 248. Ruff. Bodencredit 87¾. Russen 1872 94. Silberrente 66. Papierrente 61⅜. 1860er Loose 93⅝. 1864er Loose 145⅞. Ungarloose —. Raab-Grazer 78⅞. Amerikaner de 1882 97⅝. Darmstädter Bankverein 418½. Deutsch-österr. 91. Prov.-Disconto-Gesellschaft 91⅛. Brüsseler Bank 102⅞. Berl. Bankverein 89¾. Frankf. Bankverein 94. do. Wechslerbank 84. Nationalbank 1048. Meininger Bank 115¾. Hahn Effectenbank 121⅞. Continental 95. Südd. Immobilien-Gesellschaft —. Hibernia 104½. 1854er Loose —.

*) per medio resp. per ultimo.

Rockford 27. 1854er Loose 93. Oberhessische Eisenbahn 77 3/16.

Lebhaft, anfangs fest, später drückten Realisationen, Schluß sich befestigend, fremde Bahnen steigend, Banken und Bergwerke besser.

Nach Schluß der Börse: Matter. Creditactien 247¾, Franzosen 353, Lombarden 180½.

Frankfurt a. M., 10. December, Abends. [Effecten-Societät.] Credit-Actien 248½. Franzosen 353¾. Galizier 240½. Lombarden 180½. Silberrente 65¾. Oberhessen —. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 91¾. Elisabethbahn —. Hahn'sche Effectenbank —. Deutsch-österr. Bank —. Bankactien 1044. Continental 94⅞. Frankfurter Wechslerbank —. Meininger Bank 115¼. Darmstädter Bank —, Josephsbahn —, ungarische Loose —. 1860er Loose 93¾. — Fest.

Dresden, 10. December, Nachmittags 2 Uhr. Credit 143¾. Lombarden 104⅛. Silberrente 65¾. Sächsische Creditbank 75. Sächsische Bank (alte) 145. do. (junge) 141. Leipziger Credit 147¾. Dresdener Bank 91¼. do. Wechslerbank 73¾. do. Handelsbank —. Sächsischer Bankverein 70½. Oesterr. Noten 88⅜. Lauchhammer —. Sehr fest.

Hamburg, 10. December, Nachm. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 105¾. Silberrente 65⅝. Oesterreich. Creditactien 214—211½. dto. 1860er Loose 93. Nordwestbahn 450. Franzosen 760—755. Lombarden 390—386. Italienische Rente 59¾. Vereinsbank 122¼. Laurahütte 161. Commerzbank 92¼. dto. II. Emis. —. Norddeutsche Bank 144½. Provinzial-Disconto-Bank 90. Anglo-deutsche Bank 65¾. dto. neue 77¾. Dänische Landmannbank —. Dortmunder Union 86. Wiener Unionbank —. 64er Russ. Prämien-Anleihe —. 66er Russ. Prämien-Anleihe —. Amerikaner de 1882 93⅛. Köln-M.-St.-Actien 152¼. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Actien 149. Bergisch-Märkische 111½. Disconto 3¾ pCt. — Anfangs sehr fest, Schluß matt.

Hamburg, 10. Decbr. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen pr. 126pfd. pr. December pr. 1000 Kilo netto 236 Br., 235 Gld., pr. December-Januar pr. 1000 Kilo netto 236 Br., 235 Gd., pr. Januar-Febr. pr. 1000 Kilo netto 239 Br., 237 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 261 Br., 260 Gd. — Roggen pr. December 1000 Kilo netto 196 Br., 195 Gd., pr. December-Januar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. Jan.-Februar 1000 Kilo netto 195 Br., 194 Gd., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 196 Br., 194 Gd. — Hafer und Gerste still. — Rüböl still, loco und pr. December 61, pr. Mai pr. 200 Pfd. 65½. — Spiritus ruhig, pr. December pr. 100 Liter 100% 56, pr. December-Januar, pr. Januar-Februar und pr. April-Mai 54. Kaffee animirt; Umsatz 3000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 13, 50 Br., 13, 40 Gd., pr. December 13, 40 Gd., pr. Januar-März 13, 60 Gd. — Wetter: Neblig.

Liverpool, 10. December, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Matt. Tagesimport 5000 Ballen, davon 2000 B. amerikanische, 2000 B. brasilianische.

Liverpool, 10. December, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Billiger.

Middl. Orleans 8⅝, middl. amerikanische 8¼, fair Dhollerah 5⅝, middl. fair Dhollerah 5⅛, good middl. Dhollerah 4¾, middl. Dhollerah 4¼, fair Bengal 4, fair Broach 5⅝, new fair Oomra 5 15/16, good fair Oomra 6⅜, fair Madras 6, fair Pernam 8⅝, fair Smyrna 6¾, fair Egyptian 9⅜.

Upland nicht unter good ordinary November-Verschiffung 8¼ D., nicht unter low middling neue Ernte December-Lieferung 8 3/16 D.

Leith, 10. December. [Getreidemarkt.] (Von Cochrane Paterson u. Co.) Fremde Zufuhren der Woche: Weizen 541, Gerste 173, Bohnen 212, Erbsen 38 Tons. Mehl 3071 Sack.

In Weizen schwaches Geschäft zu unveränderten Preisen. Mehl eher niedriger, andere Artikel fest.

Glasgow, 10. December. Roheisen. Mixed numbers warrants 106 Sh. 3 D.

Amsterdam, 10. December, Nachmitags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Schlußbericht. Weizen geschäftslos, pr. März 386. Roggen loco flau, pr. März 250, pr. Mai 243½. Raps pr. April 380 Fl. Rüböl loco 35¼, pr. Mai 36⅞, pr. Herbst 1874 38¾. — Wetter: Neblig.

Antwerpen, 10. Decbr. Nachm. 4 Uhr 30 Min. Getreidemarkt geschäftslos.

Antwerpen, 10. Decbr. [Petroleum-Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco und pr. Decbr. 32½ bez. und Br., pr. Januar 33½ bez. u. Br., pr. Februar und pr. März 34½ Br. Fest.

Bremen, 10. December. Petroleum ruhig, Standard white loco 13 Mk. 60 Pf. bez.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.